

# ABHANDLUNGEN

## Citizenship im unitarischen Bundesstaat\*

*Julia Oberhofer / Julia Stehlin / Roland Sturm*

### Regional Citizenship in Unitary Federal States? A Comparison of Germany and Austria

**Abstract:** In unitary federal systems one might expect that – despite federal structures – citizenship remains more or less ‘nationalized’. Our fresh data (CANS) throw new light on three elements which make up citizenship: a political, a social and an identity dimension. We find that in the unitary federal systems of Austria and Germany citizens do not choose between regional and national citizenship. Instead they develop a multi-level-citizenship which they see as the most adequate self-definition for their role in unitary federalism.

**Keywords:** Regional and Multi-Level-Citizenship, Regional Identity, Unitary Federal State, Federalism

**Schlagwörter:** Regionale und Multi-Level-Citizenship, Regionale Identität, Unitarischer Bundesstaat, Föderalismus

### 1. Einleitung

„Citizenship“-Konzepte haben in der deutschsprachigen Forschung bisher relativ wenig Raum eingenommen. Geprägt wurde der Begriff vornehmlich im angelsächsischen Kontext, wo er in erster Linie auf den Hauptvertreter einer liberalen Interpretation mit stark nationalstaatlicher Ausrichtung, T. H. Marshall (1950), rekurriert. Dabei bezieht sich citizenship in seiner allgemeinsten Form auf eines der Grundprinzipien staatlichen Zusammenlebens: Es bezeichnet die Mitgliedschaft in bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten (in den klassischen Theorien primär nationalstaatlich definierten) Gemeinschaft. Was aber genau die Grundlage einer solchen Gemeinschaft sein soll ist, wie im Folgenden noch darzustellen sein wird, heftig umstritten. Hinzu kommt, dass citizenship je nach Zusammenhang mit unterschiedlichen Konnotationen verbunden ist und somit immer in Hinblick auf den jeweils untersuchten Fall verstanden werden muss. Gerade im

---

\* Wir bedanken uns bei Professor Dieter Roth und Felix Wille für die Unterstützung bei der Auswertung und Interpretation der Daten. Dank geht zudem an Andreas Mense, der uns bei der Recherche und der Darstellung der Daten unterstützt hat. Dem CANS-Team aus Österreich (Dr. Franz Fallend, Dr. Peter Ulram und Eva Zugmeister) gilt unser Dank für die Unterstützung bei der Aufbereitung und Analyse des österreichischen Falles. Wir bedanken uns zudem bei den beiden anonymen Gutachtern sowie bei der Redaktion für die positiven Anmerkungen und die hilfreiche konstruktive Kritik.

deutschen Kontext ist citizenship ein sperriger Begriff, der, je nach Hintergrund, sowohl mit Staatsbürgerschaft, Staatsangehörigkeit als auch mit Volksangehörigkeit übersetzt werden kann. Gemeinsam ist allen dreien allerdings eine relativ passive Komponente, die dem aktiven Element des Gebrauchs von citizenship in der englischen Sprache, auf das diese Analyse abzielt, nicht gerecht wird (Gosewinkel 1998, S. 518; Preuß 2003, S. 38). Im Folgenden soll deshalb bewusst der englische Ausdruck verwendet werden.

Die aktuelle Bedeutung des Konzeptes ergibt sich aus seiner größten Herausforderung: Der steigenden Relevanz von Mehrebenenpolitik und den sich daraus ergebenden Implikationen nicht nur für den Staat, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger.<sup>1</sup> Europäisierung, Dezentralisierung und Regionalisierung sind Prozesse, die den Nationalstaat als zentralen Bezugspunkt in Frage stellen, neue Zugehörigkeitsmöglichkeiten und u. U. auch ein neues Verständnis von Bürgerschaft mit sich bringen. Erste Ansätze in diese Richtung beschäftigen sich jedoch meist mit der supranationalen Ebene (u. a. Costa 2004; Foradori et al. 2007). Die Frage nach dem Vorhandensein und der Bedeutung eines regionalen bzw. regionalisierten Citizenship-Verständnisses<sup>2</sup> wurde hingegen kaum gestellt bzw. meist nur am Rande gestreift (u. a. von Shaw 1998; Painter 2008). Dies erscheint angesichts des fortschreitenden politikwissenschaftlichen Interesses an regionalen Aspekten und der umfangreichen Literatur zu Regionalismus und Regionalismen in den letzten Jahren doch überraschend.

Erst in jüngster Zeit hat sich die Forschung verstärkt auch mit citizenship in substaatlichen Kontexten beschäftigt, wobei der Fokus zumeist auf der sozialen Dimension des Konzeptes liegt und hier in erster Linie Studien zu Großbritannien im Kontext der dort stattfindenden Dezentralisierungsprozesse auszumachen sind (Obinger et al. 2005; Greer 2006, 2009; McEwen 2006; Jeffery 2007). Für die Beziehung von citizenship und Föderalismus lässt sich bisher ein Schwerpunkt auf dem kanadischen Fall feststellen (Béland u. Lecours 2005; Coté et al. 2008; Cardinal u. Brady 2009; Raney u. Berdahl 2009), wobei u. a. die Bedeutung föderaler Strukturen für Entwicklung und Verständnis von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, der Einfluss von substaatlichem Nationalismus auf Solidarität sowie der Schwund zivilgesellschaftlicher Aktivität thematisiert werden. Die Forschung fragt somit mittlerweile durchaus nach der Bedeutung der regionalen Ebene für das Verständnis und die Zuordnung der unterschiedlichen Dimensionen von citizenship. Dabei interessiert nicht nur, welche Auswirkungen der Bedeutungszu-

1 Aus Gründen der Lesbarkeit wird bei der Bezeichnung von Personen im Folgenden die männliche Form verwendet. Die entsprechenden Angaben beziehen sich jedoch stets auf Angehörige beider Geschlechter.

2 Der folgende Beitrag lehnt sich an die Datenerhebung im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts „Citizenship after the Nation-State“ (CANS) an, in dem sich der Begriff der Region auf die nächstgrößere Verwaltungseinheit unterhalb der nationalstaatlichen Ebene bezieht. Innerhalb von Deutschland führt das zu dem etwas verwirrenden Umstand, dass diese Terminologie auf die Ebene des jeweiligen Bundeslandes – und nicht auf die darunterliegende, dem gängigen Sprachgebrauch entsprechende regionale Ebene – abzielt. Der Logik von CANS folgend wird regionales citizenship dementsprechend als ein auf die Landesebene bezogenes Citizenship-Verständnis verstanden. In Deutschland wurde CANS von der DFG gefördert und unterstützt, der wir hier unseren Dank aussprechen.

wachs der Region für das Verständnis von citizenship haben kann, sondern auch, wie sich entsprechende Beziehungen in bestehenden föderalen Systemen gestalten.

Hier setzt unser Beitrag an. Ausgangspunkt ist die von Cutler (2008) suggerierte Annahme, dass föderale Strukturen den Bürgern die Möglichkeit eröffnen, citizenship auf verschiedenen Ebenen zu begreifen und auszuüben. Unser Interesse gilt der Frage, inwiefern dies auch für eine spezielle Ausgestaltung der föderalen Ordnung gilt, wie sie beispielhaft in Deutschland und Österreich anzutreffen ist: dem unitarischen Bundesstaat. Beide Föderalismen gelten als Varianten einer zentralistischen Staatsorganisation, die sich nur noch wenig vom dezentralisierten Einheitsstaat unterscheidet. Uns interessiert, wie die Bürger in Deutschland und Österreich in diesem Spannungsfeld von zentralistischer Ausrichtung bei bestehenden föderalen Strukturen die unterschiedlichen Citizenship-Dimensionen begreifen. Mit einer empirischen Analyse von Umfragedaten leisten wir einen Beitrag zur skizzierten, im Entstehen begriffenen Forschung zu citizenship in Mehrebenensystemen.

## 2. (Regional) Citizenship – Das große Unbekannte

Citizenship ist ein vielschichtiger Begriff. Es ist eine Herausforderung, das Konzept inhaltlich zu umreißen und eine schlüssige Operationalisierung zu finden. Die inhaltliche Komplexität des Phänomens hat sich nicht nur in einer Fülle von Literatur zum Thema niedergeschlagen, sondern spiegelt sich bereits in der Ausprägung in allein drei *klassische* Citizenship-Theorien wider.<sup>3</sup>

- 1) Der liberale Ansatz, v. a. in seiner Interpretation als „social liberalism“ nach seinem Hauptvertreter T. H. Marshall (1950), bildet noch immer die Grundlage der meisten heutigen Debatten zum Thema. Marshall versteht citizenship als Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die weniger auf gemeinsamen kulturellen Aspekten beruht, als vielmehr auf bestimmten, für alle Bürger gleichen Rechten. Seine klassische Abhandlung zur graduellen Entwicklung von demokratischem citizenship in mehreren, aufeinanderfolgenden Stufen stellt dabei eine Sequenz von bürgerlichen bzw. zivilen Rechten, politischen Partizipationsrechten und sozialen Rechten dar. Der liberale Ansatz betont somit Rechte und Freiheiten des Individuums, impliziert dabei allerdings ein noch weitgehend passives Verständnis von citizenship.
  - 2) Die kommunitaristischen Positionen (u. a. Walzer 1983; Etzioni 1998; Sandel 1996) bemühen sich um eine bessere Balance von Rechten und Pflichten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Identitätsaspekten, wobei im Unterschied zum
- 
- 3 Gängig ist eine Einteilung entlang der klassischen Perspektiven der politischen Theorie in Liberalismus, Kommunitarismus und Republikanismus, die jeweils eine spezifische Konzeption von citizenship vermitteln (Isin u. Wood 1999; Isin u. Turner 2002; Lister u. Pia 2008). Es gibt aber auch Ansätze, in denen die kommunitaristische Citizenship-Perspektive auf republikanische Ansätze zurückgeführt wird bzw. diese aufgreift und wiederbelebt (Searing et al. 2004; Mackert 2006): Kommunitaristische und republikanische Theorien verschmelzen nach dieser Interpretation zu einem einzigen Ansatz. Darüber hinaus finden sich in der Forschung neben den klassischen Theorien noch eine Reihe anderer Citizenship-Ansätze, z. B. multikulturelle (Taylor 1992; Kymlicka 1995) und feministische Citizenship-Theorien (Lister 2003).

liberalen Verständnis die *Wir*-Identität einer bestimmten, dominanten Gruppe in den Vordergrund gerückt und der Bürger somit konkret als Mitglied einer bestimmten Gemeinschaft begriffen wird: Identifikation und Mitgliedschaft sind hier als konstituierende Elemente von citizenship zu begreifen.

- 3) Ebenfalls ein *breiteres* Verständnis von citizenship legen die Ansätze an, die sich auf republikanische Theorien beziehen (u. a. Beiner 2003): Citizenship entsteht im Kontext solcher Diskussionen erst im Prozess der Teilnahme an der Zivilgesellschaft selbst. Wie die liberalen Ansätze betont auch diese Konzeption die Freiheiten des Individuums, wobei diese allerdings weniger negativ (als *Schutzrechte* dem Staat gegenüber), sondern vielmehr positiv zu verstehen sind. Citizenship ergibt sich hier aus seiner Ausübung; Partizipation ist somit gleichsam der Weg zu, wie auch die grundlegende Eigenschaft von, citizenship.

Gemeinsam ist den hier nur knapp umrissenen drei klassischen Theorien die primäre Ausrichtung auf den Nationalstaat als Bezugspunkt für citizenship (Painter 2001, S. 96). Besonders deutlich offenbart sich dieser Ansatz in der liberalen und der republikanischen Interpretation. Dies entspricht einer grundsätzlich zu beobachtenden Neigung der politikwissenschaftlichen Forschung zu einem „methodologischen Nationalismus“ (Martins 1974, S. 276), der als primären Analysefokus die nationalstaatliche Ebene vorgibt und erst seit Kurzem verstärkt kritisch betrachtet wird (Chernilo 2006; Jeffery u. Wincott 2010).

Die Unterschiede zwischen den Theorien offenbaren sich in erster Linie in der Schwerpunktsetzung bei der Definition von citizenship. Drei bzw. vier Kriterien tauchen jedoch immer wieder auf, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung: Neben den Rechten bzw. den damit einhergehenden Pflichten der Bürger werden sowohl Partizipation als auch Identität (im Sinne von Zugehörigkeit und Mitgliedschaft) als entscheidende Elemente aufgegriffen. Sie bilden die Grundlage für das hier angelegte Verständnis von citizenship, das sich bewusst nicht exklusiv an einen der dargelegten Theorieränge anlehnen will. Vielmehr geht es uns darum, die entscheidenden Dimensionen des Konzeptes – über spezifische Einzelsätze hinweg – zu identifizieren. Davon versprechen wir uns eine praktikable Operationalisierung des hochkomplexen Phänomens wie folgt:

- 1) politische Dimension, operationalisiert über Partizipation,
- 2) soziale Dimension, operationalisiert über Solidarität sowie
- 3) Identitätsdimension, operationalisiert über Identifikation.

Die politischen und sozialen Rechte der Bürger werden im Marshallschen (liberalen) Sinn über das Wahlrecht und den Primat des Wohlfahrtsstaates mit den damit einhergehenden Verpflichtungen verwirklicht. Die politische Dimension von citizenship lässt sich dabei sinnvoll, gerade in Hinblick auf das *aktive* Citizenship-

Verständnis der republikanischen Tradition, mit einem Fokus auf politischer Partizipation operationalisieren.<sup>4</sup> Da die naheliegende Frage nach der Teilnahme an Wahlen u. U. durch das Phänomen der *social desirability* verzerrt sein kann, stützen wir uns auf die Angaben zur Bedeutung (d. h. Wichtigkeit), die einer Wahl zugesprochen wird. „Social citizenship“ (i. S. von Marshall) steht dem Bürger im nationalstaatlichen Kontext primär über die Institution des Wohlfahrtsstaates zur Verfügung, muss sich aber nicht ausschließlich auf Sozialleistungen des Staates an die Bürger beziehen. Es zielt durchaus auch auf ein wesentlich breiteres Spektrum des zivilen und sozialen Lebens und entsprechender solidarischer Zuwendungen bzw. Bindungen an bestimmte (territoriale) Gruppierungen ab (vgl. i. d. S. Gerhard 2001, S. 70), die auf individueller Ebene erfragbar sind. Eine Operationalisierung bietet sich über Solidaritätsaspekte an. Dabei ist nicht nur das Interesse am Wohl bestimmter Gruppen von Menschen in einem spezifischen Territorium zu berücksichtigen, sondern auch die Bereitschaft zu Solidarität in Hinblick auf finanzpolitische Aspekte.

Um nicht nur eine weitgehend formale Beziehung bzw. rechtliche Bindung zwischen Staat und Bürger zu erfassen, legen wir eine Interpretation von citizenship an, die im Sinne von Anderson (1983) immer auch auf der Zugehörigkeit zu einer „imagined community“ beruht. Erst die Identitätsbindung *an* die Gemeinschaft ermöglicht diesem Verständnis nach tatsächliche Partizipation *in* der Gemeinschaft und Anerkennung durch andere Mitglieder der Gesellschaft als Teil derselben. Citizenship erhält so eine sozio-kulturelle Dimension (Painter 2002, S. 95-96). Die Operationalisierung territorialer Identität über Identifikation i. S. von Verbundenheit/Zugehörigkeit mit einem territorial definierten Kollektiv ist hier zielführend.

Das im Folgenden angelegte Verständnis von citizenship beruht somit auf der Berücksichtigung der oben aufgeführten drei Dimensionen, die entsprechend operationalisiert werden.<sup>5</sup> Die ersten beiden Komponenten decken die formalere, d. h. die politische und soziale Dimension von citizenship ab, während letztere dem sozio-kulturellen Element von citizenship gerecht wird und so auf Identität abzielt.

## 2.1 Die problematische Beziehung von Identität und Citizenship

Identität bewusst als eine Dimension von citizenship zu verstehen, erfordert eine klare Abgrenzung der beiden Konzepte, die unter Rückgriff auf die einschlägige Literatur schwerfällt: Ihr Bezug zueinander ist nicht immer eindeutig zu klären (dazu ausführlich Isin u. Wood 1999); die beiden Begriffe werden oft recht wahllos benutzt und nicht klar voneinander abgegrenzt. Dabei ist eine Differenzierung durchaus möglich: Citizenship beinhaltet immer eine formalere Komponente als

4 Grundsätzlich kann Partizipation aber auch breiter gefasst werden und die Frage nach dem Verhältnis der Bürger zum Staat und ihre Sichtweise staatlicher Institutionen auf den verschiedenen Ebenen beinhalten. Evtl. bietet es sich an, eine solche Vorgehensweise im Zuge zukünftiger Datenauswertung in Betracht zu ziehen.

5 Die hier angegebene Operationalisierung orientiert sich an der entsprechenden Vorgehensweise und den damit verbundenen Vorgaben im DFG-geförderten Projekt CANS.

Identität und bezieht sich dabei auf einen Status, der in rechtlichen und juristischen Begriffen festgelegt werden *kann* (wenn er denn auch, wie zuvor bemerkt, gerade über Identität eine informelle Dimension erhält). Identität stellt im Unterschied dazu *per se* keinen offiziellen Status dar und steht somit erst einmal außerhalb einer rechtlichen Dimension, kann aber – über auf Identität begründete Dispute und Anstrengungen bzw. im Kontext von citizenship – sehr schnell mit einer solchen in Kontakt kommen. Gemeinsam ist beiden, dass sie soziale Gruppen konstruieren, wenn auch citizenship selbst Gruppen mit rechtlichem Gewicht herausbildet, Identität hingegen eher eine soziale und/oder kulturelle Bedeutung vermittelt. Daraus ergibt sich gerade im deutschen Kontext, in dem der Begriff citizenship nicht automatisch eine eigene Konnotation hat, die angesprochene Gefahr von Verwechslung oder unscharfer Trennung der Konzepte.

Diese vereinfachte Darstellung soll nicht verbergen, dass es sich bei Identität, ebenso wie bei citizenship, um ein mehrdeutiges Konzept mit unterschiedlichen Facetten handelt (überblickshaft: Schmitt-Egner 1999 und Schildberg 2010, S. 47-59). Die hier aufgegriffene kollektive Identität ist als Aspekt sozialer Identität zu verstehen und kann als solcher auf individueller Ebene untersucht werden. Kollektive Identität zielt hier auf das individuelle Zugehörigkeitsgefühl zu großen, der unmittelbaren Erfahrung des Individuums entzogenen Gruppen ab (Berg 2001, S. 13), die sich über Gemeinsamkeiten und im Unterschied zu anderen sozialen Gruppierungen definieren.<sup>6</sup>

Unabhängig von der Frage, inwiefern bei Annahme dieser These z. B. supranationale oder gar universelle Identitäten überhaupt möglich sein können, beschäftigt sich die Forschung verstärkt mit Identität auch als einem *territorial* vielschichtigen Phänomen (Marcussen et al. 1999; Westle 2003; Bruter 2005; Mühler u. Opp 2006). Dies ist nicht selbstverständlich: Das im 19. Jahrhundert aufkommende Konzept des Nationalstaates führte dazu, dass kollektive territoriale Identitäten zunächst in erster Linie auf diese Ebene bezogen und andere, konkurrierende Identitätspunkte u. U. als Bedrohung der nationalen Einheit aufgefasst wurden (Grasse 2005, S. 51). Schildberg (2010, S. 53) spricht gar von der Nation als einem „Prototyp“ kollektiver Identität. Hieraus erklärt sich auch die weitgehende Koppelung von (nationaler) Identität, i. S. einer auf den Nationalstaat bezogenen politischen Gemeinschaft, und einem entsprechend national fokussierten Citizenship-Verständnis, die sich erst in letzter Zeit zu lockern beginnt (Mackert 2006, S. 108).

Die von der Forschung thematisierte, wachsende territoriale Heterogenität von Identität(en) stellt somit erst seit Kurzem das klassische Konzept eines sich aus dem Nationalstaat entwickelnden Staatsvolkes und eines ausschließlich darauf bezogenen Citizenship-Verständnisses in Frage und legt in einem weiteren Schritt die Vermutung nahe, dass auch letzteres nicht mehr ausschließlich oder primär an die nationale Ebene gekoppelt sein muss. Dieses Bewusstsein für eine mögliche

6 Kritisch angemerkt wird dementsprechend die „Janusköpfigkeit“ (Grasse 2005, S. 57) der kollektiven Identität in ihrer sowohl integrierenden als auch ausgrenzenden Wirkung (Ipsen 1994, S. 250ff.), die auf der aus den sozialpsychologischen Ansätzen stammenden These beruht, dass soziale Identität einer Abgrenzung nach außen bedarf (Tajfel u. Turner 1986).

Neudimensionierung von citizenship bringt mit sich, dass auch die anderen Aspekte, die zuvor als Komponenten von citizenship definiert wurden, nicht mehr zwangsläufig als im und durch den Nationalstaat zusammengehalten verstanden werden müssen (Sassen 2008, S. 277).

## 2.2 Regional und/oder multi-level-citizenship?

Auch wenn ein klassisches, primär auf den Nationalstaat bezogenes Verständnis von citizenship vor dem Hintergrund dieser Überlegungen überholt wirkt, hat das Konzept auch heute noch großen Wert – sofern es an eine sich wandelnde Umwelt angepasst wird. Wie eingangs erwähnt, hat hierzu in den letzten Jahren vor allem die Frage nach der Herausbildung eines „European citizenship“, ob als Alternative oder als Ergänzung zu bestehenden nationalstaatlichen Bindungen, die Forschung umgetrieben. Die Region als neuer Bezugspunkt wurde in diesem Kontext hingegen kaum explizit thematisiert.

Zu den Gründen für die Vernachlässigung der substaatlichen Ebene als demokratischem Raum und Referenzpunkt für citizenship mag neben der Komplexität des Konzepts selbst u. a. die Schwierigkeit beigetragen haben, sich auf einen bestimmten Regionen-Begriff zu einigen: Was eine Region ausmacht, lässt sich nur schwer exakt definieren (Painter 2002, S. 104), ist aber für die territoriale Interpretation von citizenship von größter Bedeutung. Hinzu kommt noch die zuvor geschilderte normative Orientierung der Politikwissenschaft an der nationalstaatlichen Ebene, die in diesem Kontext eine Vernachlässigung der Region begünstigt hat. Die Regionalismusforschung<sup>7</sup> hat sich zwar mit Identität im substaatlichen Raum auseinandergesetzt, ohne aber zunächst den Diskurs auch auf die anderen Dimensionen von citizenship auszuweiten.<sup>8</sup> Wenn, dann wird der Begriff eines regional citizenship zumeist nur als Hinweis auf die prinzipielle *Möglichkeit* der Herausbildung einer regionalisierten Form von citizenship aufgegriffen (vgl. Grahl 1996; Shaw 1998; Painter 2002, 2008). Hier offenbart sich eine deutliche Forschungslücke. Gerade das wachsende Interesse an unterschiedlichen Aspekten *regionaler* Identität unterstützt eine über diese Einzeldimension hinausgehende Beschäftigung mit citizenship auf substaatlicher Ebene. Die Debatte um die Region als politischem Raum und Aspekte regionaler Identität kann dementsprechend problemlos auf den breiteren Diskurs eines regional citizenship ausgeweitet wer-

7 Ein Schwerpunkt der Regionalismusforschung liegt auf Identitätsaspekten im substaatlichen Raum, der regionalen politischen Kulturforschung sowie daran anknüpfenden Themen. Hierzu sind u.a. Keating et al. (2003) und Rost (2007) zu nennen; für Deutschland z. B. Lindner (1994), Rohe (1992), Sturm (1994); für Österreich u. a. Bruckmüller (1996), Haller und Gruber (1996, S. 388-389), Kriechbaumer und Dachs (1998), Plasser und Ulram (2003). Regionale Identität ist dabei ein Konzept, das eine enorme Bandbreite aufweist. Vgl. exemplarisch zu den Implikationen regionaler Identität die Forschung zu regionalistischen Bewegungen (Gerdes 1980; De Winter 2006) oder zu Identität als Profilierungsmerkmal und Voraussetzung für die Aktivierung des endogenen Potentials bzw. der Mobilisierung des Sozialkapitals einer Region (Putnam et al. 1993; Keating u. Loughlin 1997).

8 Dies führt im Übrigen dazu, dass es zwar durchaus empirische Studien zu Identität in Mehrebenensystemen gibt, die anderen Dimensionen von citizenship aber deutlich weniger systematisch betrachtet wurden.

den, was sowohl Aktualität und Breite des Themas als auch der Trend zum Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene<sup>9</sup> nahelegen.

Theoretisch einordnen ließe sich ein primär oder exklusiv auf die regionale Ebene ausgerichtetes Verständnis von citizenship im Kontext einer Wiederentdeckung von „Heimat“. Politisch nahegebracht wurde den Bürgern eine *regionalisierte* Regierung Europas im weit gespannten Modell des „Europa der Regionen“ (Hrbek u. Weyand 1994), das den bestehenden Regionen eine machtpolitische Perspektive bot und zu weiterer Regionalisierung ermunterte. Es schien Ende der 1980er-Jahre angesichts der beschlossenen Vertiefung des europäischen Binnenmarktes ab dem 1.1.1993 einen Konsens zu geben, dass in Europa der Nationalstaat zu klein geworden war, um die großen Probleme zu lösen und zu groß schien, die kleinen Probleme zu lösen, wie dies der amerikanische Soziologe Daniel Bell eindringlich formulierte (Bell 1987, S. 14). Zu vermuten wäre, dass sich ein regional citizenship entwickelt (hat), das diesem politischen *framing* folgt und seine Dimensionen hieran anpasst. In diese Richtung argumentiert auch die Literatur zur Relevanz heimatlicher Bindungen als Gegenreaktion gegen die Zwänge und die Gesichtslosigkeit der Globalisierung (Gerdes 1980; Sturm 2001).<sup>10</sup> Sie greift als Indiz für eine Regionalisierung von citizenship die Identitätsdimension auf und sieht entsprechende regionale Bindungen als Selbstvergewisserung und (kleinräumigen) ökonomischen und partizipatorischen ‚*Rettungsanker*‘ angesichts der Herausforderungen anonymer Märkte und politischer Großorganisationen:

„Geschichte, Heimat, Familie, Glaube sind typische Elemente sozialer Bindungen, die den Platz des Einzelnen aus dem luftleeren Raume einer bloß ‚optativen‘ Konkurrenz- oder Leistungsgesellschaft herausholen und im strengen Sinne bestimmen“ (Dahrendorf 1979, S. 66).

Wird das zuvor entworfene Verständnis von citizenship auf die regionale Ebene angelegt, dann bedeutet dies jedoch, dass regional citizenship sich nicht nur auf einer emotional-identitären Verbundenheit mit einem Bundesland gründet, also auf einem folkloristisch-historischen Restbestand der landsmannschaftlichen Zuordnung (Sturm 2003, S. 119-123). Es bezieht sich darüber hinaus auf das kleinräumige Bewusstsein des ‚in einem Boot Sitzens‘, d. h. auf die Solidarität mit den regionalen Mitbürgern. Schließlich sind (kollektive) Identität und Solidarität zwei eng miteinander verflochtene Konzepte (Berg 2001, S. 27): Soziale Solidarität als in Identität verwurzelt zu begreifen (Keating 1996, S. 59) ließe vermuten, dass eine regionale Identität als Ausprägung von regional citizenship sich gleichermaßen auch in einem primär auf die Region bezogenen Solidaritätsverständnis widerspiegelt. Ein solches Verständnis von Solidarität konkurriert zwangsläufig mit

9 Seit den 1980er-Jahren ist es in keinem europäischen Land zu einer stärkeren Zentralisierung gekommen, sondern im Gegenteil hat die substaatliche Ebene entschieden an Bedeutung gewonnen (Hooghe et al. 2008).

10 Als Gegenmodell ist die modernisierungstheoretische Literatur im Anschluss an Konrad Hesse (1962) zu nennen. Sie argumentiert, dass von einem seit der Nachkriegszeit tendenziell abnehmenden Gewicht regionaler Bindungen auszugehen sei, weil diese in der *Massengesellschaft* mit ihrer Tendenz zu Großorganisationen und der Auflösung kleinräumiger Loyalitäten nur noch ein Überbleibsel der Vergangenheit darstellten.



den Prinzipien des Wohlfahrtsstaates: Es ist zumeist der Nationalstaat, der als primärer Rahmen für die Gewährleistung und Organisation von Mitgliedschaftsrechten der Bürger und für Solidarität begriffen wird (Mau 2007, S. 217). Über den Staat vermittelte soziale Solidarität ist dabei nicht nur Ausdruck eines bestimmten Ideals, sondern gleichzeitig Ausdruck und Abbild der jeweiligen (nationalen) Identität (Béland u. Lecours 2005, S. 680). Diese wohlfahrtsstaatliche Funktion des Nationalstaates wird in Zeiten wachsender Individualisierung und gesellschaftlicher Heterogenität verstärkt in Frage gestellt (Donati 1995, S. 200, 309). Die Region als neue, territoriale Grundlage für citizenship bringt somit auch eine neue potenzielle Bezugsebene für Solidarität ins Spiel, die im Übrigen auch in einer wirtschaftlichen Interessenübereinstimmung (Keating u. Loughlin 1997) zum Ausdruck kommen kann. Und schließlich umfasst regional citizenship noch den Wunsch nach regionaler Selbst- und Mitbestimmung und somit die Überzeugung vom Wert regionaler Partizipation (Bußjäger 2007, S. 72-73).

Etwas größeren Niederschlag als eine regionale Ausprägung von citizenship hat in der Literatur das Konzept von multi-level-citizenship erfahren (Gamberale 1997, S. 47; vgl. ebenso Delanty 2000, S. 134-136; Painter 2002; Shaw 2010). In den Worten von Meehan:

“[...] a new kind of citizenship is emerging that is neither national nor cosmopolitan but that is multiple in the sense that the identities, rights and obligations associated [...] with citizenship, are expressed through an increasingly complex configuration of common Community institutions, states, national and transnational voluntary associations, regions and alliances of regions” (Meehan 1993, S. 1).

Multi-level-citizenship bricht mit der Annahme, dass citizenship, eine eindeutig zugeschriebene (nationale) Identität und ein bestimmtes (nationalstaatliches) Territorium sowie ein daran gebundenes Verständnis von Bürgerschaft zwangsläufig kongruent zu sein haben. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass „Mehrebenen-Governance“ (Piattoni 2010) ebenso wie das Ineinandergreifen verschiedener politischer Territorialstrukturen zur Herausbildung vielschichtiger Formen von citizenship führt (Bernard 2002, S. 205-213). Lecours und Nootens (2009, S. 23) vermuten, dass gerade föderale Strukturen Diversität begünstigen und entsprechend auch multiple Identitäten fördern. Wird dieser Gedanke weitergeführt und auf die anderen Dimensionen von citizenship ausgeweitet, so ist darüber hinaus denkbar, dass insbesondere der unitarische Bundesstaat mit seinen verflochtenen Strukturen ein Verständnis von citizenship stärkt, das nicht mehr auf ausschließlich eine Bezugsebene abzielt. Dies ist explizit nicht als Nullsummenspiel zu verstehen; d. h., ein wachsendes citizenship-Verständnis auf der einen Ebene muss nicht zwangsläufig den Rückgang von citizenship auf der anderen Ebene bedeuten. Zumindest für die Identitätsdimension lassen sich entsprechende Hinweise finden, für Deutschland z. B. in einer aktuellen Studie der Identity Foundation (2009, S. 53).

Ein solches multi-level-citizenship umfasst dabei, wie Painter (2002, S. 105-106) ausdrücklich hervorhebt, immer auch die regionale Ebene als demokratischen Raum und Möglichkeit zur Ausübung von citizenship. Wird multi-level-citizenship so verstanden, dass es über eine rein formale Dimension hinausgeht,

involviert es eine Vielzahl territorialer Bindungen, Möglichkeiten und Ansprüche, die sich nicht als Gegensätze gestalten bzw. zum Ausdruck kommen, sondern vielmehr als kompatible Elemente zu verstehen sind.

### 3. Die Thesen

Die Theorie bietet plausible Anknüpfungspunkte und Hinweise sowohl für eine Ausprägung von regional, als auch von multi-level-citizenship. Vor dem Hintergrund der Leitfrage, wie Bürger im unitarischen Bundesstaat citizenship begreifen, untersuchen wir entsprechend der dargestellten theoretischen Konzepte in Deutschland und Österreich im Folgenden zwei Thesen auf ihren Gehalt.

Die „Regional-Citizenship-These“ knüpft an die Vermutung einer verstärkten Konzentration subjektiver Bezo-genheit auf das Bundesland als politischem Kontext in Deutschland und Österreich an. Sie stellt sich explizit gegen eine Unitarisierung, d. h. primär nationalstaatliche Ausrichtung von citizenship. Ihr zufolge wäre zu erwarten, dass sich die drei Dimensionen von citizenship nicht mehr in erster Linie auf den Nationalstaat, sondern vielmehr auf die Ebene des Bundeslandes beziehen. Regional citizenship müsste sich also in Österreich und Deutschland trotz der unitarischen Föderalismuskonzeption behaupten und politische Perspektiven bieten. Ein erstes Indiz für die Bestätigung dieser These bieten Studien, die für die beiden Länder eine durchwegs starke Identifikation mit der regionalen Ebene feststellen: Für Deutschland ergibt sich laut Allbus (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) in Bezug auf die Frage nach der Verbundenheit mit dem Bundesland und den dort lebenden Bürgern in den Jahren 1991, 2000 und 2008, in denen diese Frage aufgegriffen wurde, die leichte Tendenz zu einer sich stärkenden regionalen Bindung.<sup>11</sup> Das Eurobarometer bestätigt eine konstant hohe Bindung der Bürger über die letzten Jahre hinweg (von 1999 bis 2006 mit Prozentwerten um die 86 bis 90 Prozent der Befragten, die sich sehr und ziemlich stark mit der Region verbunden fühlen). Im Fall Österreich sieht es ähnlich aus: Die im Eurobarometer gestellte Frage nach der Verbundenheit zur Region ergibt für die letzten zehn Jahre äußerst hohe Werte um die 88 bis 94 Prozent. Die Werte bleiben konstant und haben sich in einigen Regionen sogar verstärkt. Es ist zu überprüfen, ob dieser Befund zur (regionalen) Identität von unseren Daten bestätigt wird und wenn ja, ob damit einhergehend auch eine Regionalisierung der beiden anderen Dimensionen von citizenship festzustellen ist. Diese Möglichkeit ist bisher von der Forschung noch kaum in Betracht gezogen worden: Regionaler Identität wurde keine unmittelbare bzw. nur bedingt auch politische Relevanz beigemessen (vgl. für Österreich Fallend 2007, S. 67-69, für Deutschland Sturm 2003, S. 119-123). Sie wurde somit nicht zwangsläufig mit einer Regionalisierung der anderen Dimensionen von citizenship in Verbindung gebracht, wie wir dies im Folgenden anhand unseres Datenmaterials diskutieren. Die Regional-Citizenship-These geht dementsprechend davon aus, dass im Kontext einer Wiederentdeckung von Heimat die regionale Ebene auch im unitari-

---

11 In Bayern konstatieren Umfrageergebnisse seit 2003 ein Anwachsen von Heimatverbundenheit der Bürgerinnen und Bürger (Hanns-Seidel-Stiftung 2009, S. 32-33).

schen Bundesstaat verstärkt zum Bezugspunkt für citizenship wird. Hier ist eine relevante Anzahl exklusiver Bekenntnisse zur regionalen Ebene, die alle drei Dimensionen von citizenship betrifft, zu erwarten.<sup>12</sup>

Die Multi-Level-Citizenship-These hingegen stützt sich auf die Annahme, dass die ursprünglich primär nationalstaatliche Ausrichtung von Bürgern und Politik im Zuge des Bedeutungszuwachses verflochtener Mehrebenensysteme aufbricht. Dass dies auch in Deutschland und Österreich beobachtet werden kann, wäre im Kontext des unitarischen Föderalismus plausibel zu vermuten: Statt primär auf den Nationalstaat bezogen, oder aber zwischen regionaler und nationaler Ebene deutlich abgrenzbar zu sein, fördert gerade die Spannung zwischen gesamtstaatlicher Einheitlichkeit und Landesbewusstsein bzw. der (gewünschten) Eigenständigkeit der Landesebene womöglich ein ausgeprägtes multi-level-citizenship. Ein Indiz für diese These kann erneut die Identitätsdimension von citizenship bieten: In politikwissenschaftlichen Studien sind in den letzten Jahren für politische Mehrebenensysteme immer wieder Hinweise auf multiple Identitäten der Bürger zu finden (Berg 2007; Westle 2003; Hooghe u. Marks 2001; Duchesne u. Frogner 1998). Sie verweisen auf die Möglichkeit, dass auch die anderen Dimensionen von citizenship nicht *exklusiv* an eine politische Ebene gebunden sein müssen.

Die Multi-Level-Citizenship-These besagt somit im Kern, dass die wachsende Bedeutung von Mehrebenensystemen und entsprechenden Verflechtungen gerade im unitarischen Bundesstaat auch zu einem ebenenübergreifenden Verständnis von citizenship führt. Dies müsste über Bekenntnisse der Zugehörigkeit zu mehreren Ebenen in Hinblick auf alle drei Dimensionen von citizenship festzustellen sein.

Im Folgenden werden der deutsche und der österreichische Föderalismus vor dem Hintergrund dieser beiden Thesen näher beleuchtet. Der Leitfrage, wie Bürger citizenship im unitarischen Föderalismus begreifen, nähern wir uns, indem wir den Gehalt der theoretisch abgeleiteten Regional-Citizenship-These in Abgrenzung zur Multi-Level-Citizenship-These prüfen.

#### 4. Methodik und Fallauswahl

Die für die folgende Untersuchung herangezogenen Daten beruhen auf dem im Frühjahr 2009 erhobenen Datensatz aus dem internationalen Forschungsprojekt „Citizenship After the Nation State“ (CANS). Dazu wurde ein gemeinsamer Fragebogen für alle teilnehmenden Länder entwickelt. In Deutschland führte die Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim vom 2. bis 11. Februar 2009 in den drei Ländern Bayern, Niedersachsen und Thüringen eine telefonische Befragung unter

12 Diese These knüpft an die im Kontext der sozialpsychologischen Identitätsforschung von Westle (2003, S. 355) thematisierte Konkurrenzthese an, die von konfligierenden Bindungen ausgeht. Annahme ist, dass jeder Mensch über eine primäre territoriale Bindung verfügt, die anderen Bindungen widerspricht. Analog dazu lässt sich die Multi-Level-Citizenship-These in Verbindung zum ebenfalls von Westle aufgegriffenen Modell konkordanter Bindungen setzen, das auf der These multipler Bindungsfähigkeiten beruht. Die in dieser Untersuchung formulierten Thesen stimmen im Grundsatz mit den diesen Modellen impliziten Annahmen überein, legen sie jedoch auf alle drei Dimensionen von citizenship an.

der deutschsprachigen Wohnbevölkerung durch. Es wurden 925, 909 bzw. 950 Erwachsene in diesen Ländern befragt. In Österreich wurde die Feldarbeit von der GfK Austria in Wien in der Zeit vom 19.02. bis zum 18.03.2009 durchgeführt, und zwar in den drei Bundesländern Salzburg (904 Fälle), Oberösterreich (901 Fälle) und Wien (901 Fälle). Auch hier wurde die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren befragt.

Die Auswahl der Länder erfolgte im Rahmen von CANS nach Kriterien einer größtmöglichen Varianz bezüglich ökonomischer Faktoren, historischer Einheit und regionaler Streuung.<sup>13</sup>

Für die Stichprobe in den einzelnen Ländern wurde eine zweifach gestufte Zufallsauswahl verwendet. Die Auswahl der Haushalte wurde nach dem RLD-Verfahren („randomized last digit“) aus Einträgen im Telefonbuch getroffen, die Zielpersonen innerhalb des Haushaltes durch ein weiteres Zufallsverfahren, die „Last-Birthday“-Methode.

Die Daten wurden sowohl einer Transformations- als auch einer sozialstrukturellen Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung (in Österreich auch nach Beruf) unterzogen, um durch Random-Ausfälle aufgetretene Verzerrungen zu beseitigen. Die gewichteten Umfragen sind unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitstheoretischen Grundlagen von Stichproben repräsentativ für die deutsche/österreichische Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 18 Jahren. Für die ebenfalls befragte Gruppe der deutschsprachigen Ausländer gilt eine eingeschränkte Repräsentativität. Der Vertrauensbereich (Fehlerbereich) für jedes Stichprobenergebnis liegt bei einer Stichprobengröße von  $n=900$  und einem Merkmalswert von 50 Prozent mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent bei  $\pm 3,3$ , bei einem Merkmalswert von 10 Prozent bei  $\pm 2,0$  um den wahren Wert.

13 CANS interessiert sich in vergleichender Perspektive für die Gründe einer möglichen Regionalisierung von citizenship. Deshalb erfolgte die Datenerhebung auf regionaler Ebene. In jedem der teilnehmenden Staaten wurden drei Regionen für die Umfrage ausgewählt. Die Fallauswahl orientierte sich an den unabhängigen Variablen Identität, ökonomische Stärke und, wenn möglich, innerstaatliche institutionelle Varianz. In Deutschland wurde mit Bayern ein besonders identitätsstarkes und ökonomisch erfolgreiches Bundesland untersucht. Geringere Identitätswerte wurden für Thüringen und Niedersachsen erwartet, die beide zudem wirtschaftlich schwächer dastehen. Mit Thüringen befindet sich schließlich auch ein ostdeutsches Bundesland in der Fallauswahl. In Österreich waren für Wien besonders schwache regionale Identitätswerte zu erwarten, u. a. begründet in dem Status als Hauptstadt, einer darauf basierenden engen Bindung an den Nationalstaat und hohen Fluktuationsraten seiner Bewohner (Fallend et al. 2010). Für Salzburg wurde hingegen auf Grundlage seiner historischen Tradition sowie jüngerer Umfrageergebnisse (Plasser u. Ulram 2003) eine relativ hohe regionale Identität angenommen. Zusammen mit Wien integriert es zudem zwei der ökonomisch erfolgreicheren österreichischen Bundesländer in die Fallauswahl, während Oberösterreich stärker von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen ist. Diese Auswahl lässt im österreichischen Fall einige der Länder, die gängigerweise mit einer starken regionalen Bindung assoziiert werden, außen vor, z. B. Tirol, Kärnten und Vorarlberg (Bruckmüller 1996, S. 191-199, Pallaver u. Karlhofer 2010, S.16). Sie ist deshalb hinsichtlich einer größtmöglichen Varianz regionaler Identität durchaus kritisch zu betrachten. Nichtsdestotrotz ist die weitgehende Symmetrie der Fallauswahl angesichts der Fokussierung auf citizenship im unitarischen Bundesstaat für das vorliegende Forschungsdesign kein größeres Problem.

## 5. Der unitarische Bundesstaat zwischen regionaler Bindung und zentralistischer Struktur

Deutschland und Österreich sind sowohl durch die Verflechtung von Bund und Ländern als auch durch eine stark unitarische Ausprägung ihres Föderalismus bei weitgehend homogenen Gesellschaftsstrukturen gekennzeichnet. Beide sehen sich somit mit der Einschätzung konfrontiert, dass während der Staat föderal sei, dies nicht unbedingt auch für die Gesellschaft gelte (Erk 2008, S. 2).

Auf der politischen Ebene ist der unitarische Föderalismus geprägt durch Konsens-bildende Verfahren wie hierarchische und stark interdependente Entscheidungsstrukturen. Sie werden vom Zentralstaat dominiert, was auch dazu führt, dass der Verlauf politischer Konflikte häufig eher parteipolitische als territoriale Grenzen respektiert (Colino 2010, S. 24-25). Sowohl die deutsche Politikverflechtung (Kropp 2010) als auch das „auf halbem Wege steckengebliebene österreichische föderale System“ (Bußjäger 2004, S. 141) weisen somit in der politischen und Verwaltungspraxis in die gleiche Richtung, nämlich zum Primat des Zentralismus und der Einheitlichkeit. In den letzten Jahren wurde dies erneut besonders deutlich, als in Deutschland Föderalismusreformen nur halbherzig den Weg zur größeren Vielfalt beschritten (Sturm 2006, 2009; Benz 2008; Scharpf 2009) und in Österreich Initiativen zur Dezentralisierung (Bußjäger u. Hrbek 2005) des Föderalismus weitgehend scheiterten. Die Einschätzung von Deutschland und Österreich als *zentralistische* oder *unitarische* Bundesstaaten (Hesse 1962; Erk 2008, S. 17) kann demnach weiterhin als bestätigt gelten.<sup>14</sup>

Obwohl diese Bestandsaufnahme zunächst erwarten ließe, dass der unitarische Charakter der beiden Staaten eine weitgehende Bedeutungslosigkeit der substaatlichen Ebene als politischer, sozialer oder Identitäts-Bezugspunkt mit sich gebracht hat, ist dies nicht der Fall: Zumindest in Hinblick auf die Identitätsdimension von citizenship gibt es in beiden Ländern durchaus Hinweise auf das Vorhandensein regionaler Loyalitäten, landsmannschaftlicher Verbundenheit und einer weitgehend positiven Verankerung der Bundesländer im Bewusstsein der Bürger (Krupa 2009; Bußjäger u. Seeber 2010). Für Deutschland wird diese Einschätzung sogar in Anbetracht des weitgehend künstlichen Ursprungs der Bundesländer vertreten.<sup>15</sup> Interessant ist dabei, dass in beiden Staaten regionale Identität in der Forschung als primär *folkloristisches* Element verstanden wird (Plasser u. Ulram 2003, S. 433; Sturm 2003, S. 119-123). Allenfalls wird sie in den Kontext

14 Damit werden der österreichische und der deutsche Föderalismus nicht gleich gesetzt. Unbestritten ist das größere politische Gewicht der deutschen Länder im Vergleich zu den österreichischen, insbesondere hinsichtlich ihrer Rolle bei der Gesetzgebung des Bundes (Bundesrat). Die Einordnung beider Fälle als „unitarische“ Bundesstaaten folgt ihrer in der Politikwissenschaft üblichen Verortung auf einer Föderalismuskala nach dem Grad der Dezentralisierung (Sturm 2010, S. 12)

15 Hintergrund ist die Annahme, dass sich durchaus auch solche Regionen auf eine historisch gewachsene Identität berufen, die in ihrem Ursprung in erster Linie als *Funktionsräume* konzipiert waren und die erst im Laufe der Zeit und über gemeinsame Erfahrungen, z. B. über politisch-administrative Institutionen, ein regionales Identitätsbewusstsein herausbilden (Steger 2007, S. 106). Dieser Ansatz verweist auf ein Verständnis von regionaler Identität als politisch und gesellschaftlich produziert (Rost u. Stölting 2007, S. 6) und fügt sich somit in die Debatte um die bewusste Aktivierung des endogenen Potenzials bzw. um das Sozialkapital einer Region ein (Putnam et al. 1993; Keating u. Loughlin 1997).

wirtschaftspolitischer Strategien gesetzt, wo die Konstruktion eines regionalen *Wir*-Gefühls zu einem verstärkten Einsatz für die eigene Region und Engagement in spezifisch regionalen Netzwerken führen soll.

Noch unklar ist, inwieweit der Ausdruck regionaler Bindung tatsächlich über die Identitätsdimension hinausgeht und sich auf politische und soziale Aspekte erstreckt. Gerade die Hinweise auf das Vorhandensein von ausgeprägten regionalen Identitäten in den beiden unitarischen Bundesstaaten untermauern jedoch vor diesem Hintergrund unser Forschungsinteresse in Hinblick auf die Frage danach, wie Bürger in Deutschland und Österreich alle drei Dimensionen von citizenship begreifen.

## 6. Die Regional-Citizenship-These

Die im Kontext von These 1 formulierte Annahme, dass sich die Region verstärkt als politischer Bezugspunkt in einer „als unsicher erlebten Welt“ (Grasse 2005, S.53-54) etabliert, geht über eine rein emotionale Bindung an das Bundesland jedenfalls hinaus. Sie impliziert ein verstärktes bürgerschaftliches Verständnis aller drei Dimensionen von citizenship auf der regionalen Ebene.

### 6.1 Die Identitätsdimension – Identifikation mit der Region

Für regionale Identität bestätigen die im Zuge von CANS erhobenen Daten die Tendenzen der zuvor angeführten Umfragen (Allbus, Eurobarometer): Die Bedeutung der Region als Identifikationsbezugspunkt ist deutlich erkennbar (Tabelle 1). In allen sechs untersuchten Bundesländern ist die regionale Bindung der Befragten stark ausgeprägt, d. h. sie bewegt sich weitgehend in ähnlicher Höhe wie in Bezug auf die anderen abgefragten Referenzpunkte. In zwei deutschen Ländern – Bayern und Thüringen – ist die Verbundenheit mit dem Bundesland sogar höher als die Bindung zu Deutschland.<sup>16</sup>

**Tabelle 1: Identität (Mittelwerte)<sup>17</sup>**

Region	Stadt / Gemeinde	Region (unterhalb BL-Ebene)	BL	Dt. / Ö.	Europa
BY	,75	,78	,79	,76	,62
NI	,73	,75	,70	,79	,65
OÖ	,75	,80	,81	,86	,64
SB	,78	,82	,79	,86	,63
TH	,78	,80	,82	,74	,60
W	,74	,72	,78	,85	,67

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

16 Dass für Österreich keine ähnlichen Fälle zu finden sind, liegt – wie bereits zuvor angemerkt – u. U. auch an der Auswahl der untersuchten Bundesländer.

17 Frage V1: Wie ist das eigentlich mit [der Stadt oder Gemeinde, in der Sie wohnen, der Region, dem Bundesland, Deutschland/Österreich insgesamt, Europa]; Fühlen sie sich mit [...] stark verbunden, verbunden, weniger stark verbunden oder überhaupt nicht verbunden? 1 = stark verbunden / 0,67 = verbunden / 0,33 = weniger stark verbunden / 0 = überhaupt nicht verbunden (Mittelwert).

Die Bürger verfügen somit über ausgeprägte regionale Bindungen. Der unitarische Charakter des deutschen und österreichischen Föderalismus hat offensichtlich nicht dazu geführt, dass die Verbundenheit zu anderen Ebenen neben der nationalstaatlichen verloren geht.<sup>18</sup>

Die höheren regionalen Identitätswerte in Relation zur nationalstaatlichen Bindung, die sowohl in Thüringen als auch in Bayern anzutreffen sind, legen nicht nur nahe, sich genauer mit diesen beiden Ländern unserer Fallauswahl zu beschäftigen. Sie verweisen darüber hinaus auf die *Konstruierbarkeit* und der Politisierung regionaler Bezugsräume sowie auf die Frage, inwiefern regionale Identität neben kulturellen Aspekten und einem ausgeprägten regionalen (Selbst-)Bewusstsein womöglich auch konkrete politische Auswirkungen hat (Grabmann 2002, S. 59). So wird z. B. Bayern gerne als Exempel für erfolgreiches *Regionalmarketing* herangezogen (Oberhofer et al. 2010, Abschnitt 4.2). Dabei spielt die bewusste Abgrenzung zu den anderen Ländern und das Bemühen um innere Homogenität – trotz kultureller Vielfalt und Regionalismen unterhalb der Ebene des Bundeslandes – ebenso eine wichtige Rolle, wie die einzig relevante Regionalpartei Deutschlands, die CSU: Sie verleiht der politisch-kulturellen Homogenität Bayerns seit Jahrzehnten Ausdruck (Kießling 2004, S. 60-61) und verweist dabei neben der starken Wirtschaftskraft besonders auf die Tradition des *Freistaats* als Bezugspunkt für Identität. Regionale Bindung wird in Bayern somit gezielt genutzt. Von einer ähnlichen Politisierung substaatlicher Identität kann im Fall Thüringens nicht gesprochen werden, obwohl auch hier die Freistaat-Rhetorik aufgegriffen wird. Dennoch ist die regionale Bindung in beiden Bundesländern äußerst stark ausgeprägt.

Neben der Möglichkeit, dass die hohe regionale Verbundenheit in Thüringen in erster Linie Ausdruck einer Ost- im Unterschied zu einer West-Identität darstellt, wie u. a. Westle (1998, S. 98) argumentiert hat, ist die Relevanz tatsächlicher historischer Wurzeln hier wohl nicht von der Hand zu weisen: Thüringen gehört schließlich ebenso wie Bayern zu den wenigen deutschen Ländern, die nicht weitgehend Kunstgebilde sind.

Es kann allerdings argumentiert werden, dass die Fragestellung in Tabelle 1 nicht alle Interpretationsmöglichkeiten von Identität ausschöpft und in erster Linie emotionale Bindung zum Ausdruck bringt. Eine *politischere* Interpretation regionaler Identität kommt in erster Linie dann zum Tragen, wenn Identität auf einer Ebene in Abgrenzung zu einer anderen Ebene definiert werden muss (Tabelle 2). Dabei kann angenommen werden, dass die Bürger in solchen Entscheidungssituationen und gerade vor dem Hintergrund der verflochtenen Strukturen des kooperativen Föderalismus im unitarischen Bundesstaat eine verstärkt institutionelle Interpretation der Fragestellung anlegen, die sich an einer primär (politischen) Bedeutung der Ebenen orientiert. Dass bei einer solchen Frage mehr Bayern als Thüringer ihre regionale Identität als vorrangig vor der nationalstaatlichen

18 Eine vertiefende Untersuchung dieser Tendenzen, die eine Analyse der vorhandenen Zeitreihen mit einer qualitativen Auswertung der Gründe für Identitätsbindungen verknüpft, bietet sich für zukünftige Forschung an.

Bindung begreifen, ist durchaus als Indiz für einen Ausdruck stärkerer Politisierung von Identität zu verstehen (Oberhofer et al. 2010, Abschnitt 4.2).

Die *Konstruierbarkeit* einer politischen Gemeinschaft scheint somit nur bis zu einem bestimmten Grad wirksam zu werden bzw. nur bestimmte Bereiche abzudecken: Historische Wurzeln regionaler Identität wirken sich auf die emotionale Identitätsbindung der Bürger wohl auch dort aus, wo politische Eliten weniger in die Identitätskonstruktion involviert sind, als dies z. B. in Bayern der Fall ist. Die hier vorgelegten Umfragedaten legen nahe, dass die bewusste Konstruktion von Identität hingegen dort ihren Ausdruck findet, wo es um konkret institutionelle, politische Aspekte geht.

**Tabelle 2: Bipolare Identitätsskala in Prozent<sup>19</sup>**

Region	BL > Dt. / Ö.	Sowohl BL als auch Dt. / Ö.	Dt. / Ö. > BL	Mittel- wert	Modal- wert	Std. Abw.
BY	26,2	39,5	34,3	,45	,5	,30
NI	16,5	37,1	46,3	,37	,5	,29
OÖ	26,8	42,8	30,3	,47	,5	,30
SB	25,5	54,0	20,5	,51	,5	,26
TH	22,6	48,2	29,2	,45	,5	,28
W	17,4	45,2	37,5	,42	,5	,27

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

## 6.2 Die politische und soziale Dimension – Regionale Partizipation und Solidarität

Die Region kann aber weit mehr sein als ein (weitgehend passiver) Bezugspunkt für Identität: Sie bietet auch die Möglichkeit zur direkten (politischen) Teilhabe und Einflussnahme, die dem Bürger auf anderen Ebenen zunehmend erschwert erscheinen mag (Grasse 2005, S. 54-55). Hier greifen Identität und Partizipation als Konzepte ineinander und schließen somit eng an das zuvor dargelegte Verständnis von regional citizenship an. Allerdings zeigt sich in allen sechs Fallregionen in Deutschland und Österreich, dass weiterhin der Wahlbeteiligung auf nationalstaatlicher Ebene die größte Bedeutung zugesprochen wird; wenn auch in der Mehrzahl der Fälle nur knapp (Tabelle 3).

19 Frage V5 am Beispiel Bayern: Wenn Sie wählen müssten, sehen Sie sich dann ausschließlich als Bayer, mehr als Bayer denn als Deutscher, sowohl als Bayer als auch als Deutscher, mehr als Deutscher denn als Bayer oder ausschließlich als Deutscher? 1 = ausschließlich Region (R) / 0,75 = R > Deutschland (Dt.) / Österreich (Ö.) / 0,5 = sowohl als auch / 0,25 = Dt. / Ö. > R / 0 = ausschließlich Dt. / Ö. (Prozente / Mittelwert / Modalwert).



**Tabelle 3: Partizipation (Mittelwerte)<sup>20</sup>**

Region	Kommune	Landtag (a)	Bundestag (b)	EU	Std. Abw. a)	Std. Abw. b)
BY	,75	,73	,75	,55	,30	,30
NI	,70	,73	,77	,57	,29	,30
OÖ	,72	,74	,79	,56	,28	,27
SB	,84	,84	,86	,60	,23	,22
TH	,67	,64	,66	,45	,32	,33
W	-	,74	,83	,61	,29	,25

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

Die Ergebnisse in Hinblick auf die Regionalisierung der sozialen Dimension von citizenship sprechen eine ähnliche Sprache (Tabelle 4): Zwar liegt den Befragten in der Mehrheit der Fälle geringfügig mehr an den (Mit-) Bürgern im jeweiligen Bundesland als an den Menschen im Staatsgebiet insgesamt. Abgesehen davon, dass hier wohl ein Phänomen territorialer Nähe ausschlaggebend ist und kleinräumige, dem Befragten nahestehende Einheiten ein Gefühl der Verbundenheit mit den dort lebenden Menschen begünstigen, sind jedoch auch hier die Unterschiede zwischen den Ebenen – wie dies bei Partizipation der Fall ist – nur äußerst gering. Darüber hinaus ergibt sich aus der Fragestellung selbst ein enger, inhaltlicher Bezug zu Identitätsaspekten: Wie viel dem Befragten an den Menschen eines bestimmten Territoriums liegt, impliziert immer auch eine gewisse Verbundenheit, die letztlich eine nur unscharfe Abgrenzung zu Fragen der Identität ermöglicht.

**Tabelle 4: Solidarität (Mittelwerte)<sup>21</sup>**

Region	Nachbarschaft	Bundesland (a)	Dt. / Ö. (b)	EU	Std. Abw. a)	Std. Abw. b)
BY	,73	,63	,60	,49	,24	,24
NI	,77	,59	,62	,50	,25	,23
OÖ	,80	,71	,69	,52	,22	,22
SB	,77	,64	,63	,48	,24	,23
TH	,73	,65	,61	,47	,24	,24
W	,67	,61	,63	,49	,25	,25

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

Um diese Doppeldeutigkeit zu vermeiden, kann Solidarität u. a. auch über eine stärker finanzpolitische Komponente operationalisiert werden und somit auf einen Aspekt (regionaler) wirtschaftlicher Interessenübereinstimmung abzielen. Diese Vorgehensweise birgt weniger Gefahr, sozial erwünschte Antworten zu produzieren. Tatsächlich zeigt der Blick auf Tabelle 5, dass die Einwohner ökonomisch erfolgreicherer Regionen stärker als die Bürger in ärmeren Bundesländern

20 Frage V6: Wie wichtig ist es für Sie bei einer [Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Europawahl] zu wählen? 1 = sehr wichtig / 0,67 = wichtig / 0,33 = weniger wichtig / 0 = überhaupt nicht wichtig (Mittelwert).

21 Frage V18: Viele Menschen fühlen sich einigen Menschen mehr verbunden als anderen. Wie viel liegt Ihnen an den Menschen in [...]? 1 = sehr viel / 0,67 = viel / 0,33 = nicht so viel / 0 = gar nichts (Mittelwert).

dazu neigen, sich gegen einen horizontalen Finanzausgleich auszusprechen bzw. gegen interregionale Solidarität zu stellen.<sup>22</sup> Die Vermutung, dass eine Politisierung interregionaler Unterschiede eine neue Einschätzung der etablierten Praxis gesamtstaatlicher Solidarität in der Bevölkerung mit sich bringt, lässt sich allerdings auch in diesem Fall nicht vollkommen bestätigen: Zu stark wirkt hier die auf Kooperation, Einheitlichkeit und Zusammenhalt ausgerichtete Prägung des unitarischen Bundesstaates und sorgt dafür, dass die Zustimmung zum horizontalen Finanzausgleich weiterhin mehrheitlich befürwortet wird.<sup>23</sup>

**Tabelle 5: Interregionale Solidarität in Prozent (Horizontaler Finanzausgleich)<sup>24</sup>**

	Stimme zu	Stimme nicht zu	BIP pro Kopf in Euro
BY	53	47	33.200
NI	75	25	24.900
OÖ	56	45	31.800
SB	48	52	37.300
TH	78	22	19.900
W	70	30	43.300

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz. BIP pro Kopf Dt. (2008): Eigene Berechnung mit Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. BIP zu Marktpreisen (nominal). BIP pro Kopf Ö. (2007): Statistik Austria; Land OÖ, Abt. Statistik.

In Deutschland und Österreich von einem differenzierten regional citizenship in Abgrenzung zu einem auf den Nationalstaat bezogenen Citizenship-Verständnis zu sprechen, ist somit im Angesicht der hier dargelegten Umfragedaten wenig überzeugend: Die Regional-Citizenship-These in dem Sinn, dass eine Verlagerung aller drei Dimensionen von citizenship auf das Bundesland als bürgerschaftlichen Kontext beobachtet werden kann, ist nicht zu bestätigen. Hervorzuheben ist dabei allerdings, dass der umgekehrte Fall – eine eindeutige Präferenz für die nationalstaatliche Ebene als ausschließlicher Bezugspunkt staatsbürgerschaftlichen Agierens – ebenfalls nicht festzustellen ist.

Deutlich geworden ist vielmehr, dass die Bundesländer zwar als (kulturelle) Identitätsbezugspunkte fungieren: Die Befragten fühlen sich sowohl mit dem Land, als auch mit den dort lebenden Menschen verbunden. Dies scheint aber nur bis zu einem gewissen Grad in die Interpretation von Solidarität hineinzuwirken, wenn

22 Ausnahme ist hier Wien, das trotz starker ökonomischer Stellung den horizontalen Finanzausgleich befürwortet. Dabei spielt wohl ein anderer Faktor eine Rolle, der sich im Rahmen von CANS auch für Ile de France feststellen lässt: Der *Hauptstadt-Effekt*. Hauptstädten wird eine besonders deutliche Tendenz zu gesamtstaatlicher Orientierung unterstellt, die zudem eine gewisse Fürsorge-Funktion der Hauptstädte für das gesamte Staatsgebiet impliziert.

23 Einzige Ausnahme ist Salzburg. Hier spricht sich eine – wenn auch äußerst knappe – Mehrheit gegen den horizontalen Finanzausgleich aus.

24 Frage V28: Die reicheren Bundesländer sollten den ärmeren Bundesländern Geld geben, damit auch dort jeder den gleichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen hat. Stimmen Sie dieser Aussage voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher nicht zu oder stimme überhaupt nicht zu? (n: BY = 925; NI = 909; OÖ = 901; SB = 904; TH = 950; W = 901) (Prozente).

diese auf ‚härtere‘ Faktoren abzielt, d. h. den interregionalen Ausgleich betrachtet. Darüber hinaus verstehen die Bürger die Region zwar als Gelegenheitsstruktur für Partizipation, allerdings in abgeschwächter Form im Vergleich zur nationalen Ebene. Hier weisen die Daten darauf hin, dass die regionale Komponente in erster Linie dort relevant ist, wo es um Identifikation und Verbundenheit geht. Geht es hingegen um politischere Aspekte, wie sie z. B. über die Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommen, ist der Nationalstaat noch immer primärer Bezugspunkt. Unsere Analyse bestätigt somit die zuvor aufgegriffene, erste Einschätzung der Forschung, dass regionale Identität durchaus vorhanden ist, dabei aber keinen unmittelbaren politischen Stellenwert besitzt: Ein stark politisiertes regional citizenship, das sich über alle drei Dimensionen (d. h. auf die Aspekte Identifikation, Partizipation und Solidarität) erstreckt, ist im unitarischen Bundesstaat nicht festzustellen.

## 7. Die Multi-Level-Citizenship-These – Mehrebenen statt exklusiver Bindungen

Diese Ergebnisse legen nahe, sich kritisch mit der von der ersten These implizierten, weitgehenden ebenenspezifischen Exklusivität der drei Dimensionen von citizenship auseinanderzusetzen. Dabei kristallisiert sich eine Tendenz ganz deutlich heraus: Identität ist, ebenso wie Partizipation und Solidarität, im kooperativen Föderalismus ein Mehrebenen-Phänomen.

Im Falle von Identität untermauern unsere Daten diese Feststellung besonders eindringlich: Territoriale Bindungen sind sowohl in Deutschland als auch in Österreich nur in den seltensten Fällen auf eine einzige Ebene gerichtet (Tabelle 6). Stattdessen zeichnet sich ein grundsätzliches Gefühl der Verbundenheit mit allen zur Verfügung stehenden Bezugspunkten ab, wenn auch die europäische Ebene die geringste Bindungskraft aufweist (Tabelle 1).

**Tabelle 6: Exklusive Identität (absolute Anzahl der Befragten)<sup>25</sup>**

Region	Stadt/ Gemeinde	Region	Bundesland	Dt. / Ö.	Europa
BY	3	1	5	4	10
NI	4	2	3	7	12
OÖ	2	3	-	2	-
SB	-	-	3	10	4
TH	3	1	1	2	4
W	-	-	-	9	13

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

Dieser Befund bestätigt sich auch mit einem anderen Blick auf die Frage nach territorialer Bindung: Wenn es nicht darum geht, die jeweilige Verbundenheit zu

<sup>25</sup> NUR verbunden mit bestimmter Ebene = Anzahl der Befragten, die sich NUR mit der jeweiligen Ebene stark verbunden oder verbunden fühlen, mit allen anderen Ebenen hingegen weniger stark oder überhaupt nicht verbunden fühlen (n: BY = 925; NI = 909; OÖ = 901; SB = 904; TH = 950; W = 901).

verschiedenen Ebenen unabhängig voneinander zum Ausdruck zu bringen, sondern vielmehr zwei Ebenen zueinander in Beziehung zu setzen und dabei Präferenzen auszudrücken, zeigt sich besonders deutlich, wie viele der Befragten sich sowohl als Deutsche/Österreicher als auch als Bewohner des jeweiligen Bundeslandes fühlen (Tabelle 2): Sie stellen in allen Fällen (außer in Niedersachsen<sup>26</sup>) die größte Gruppe. Mit den CANS-Umfragedaten lässt sich zeigen, dass vor dem Hintergrund des unitarischen Bundesstaates regionale und nationale Identität weniger als einander entgegengesetzte Empfindungen erscheinen, sondern vielmehr als kompatible Elemente, mit der Tendenz, dass ein starkes Regionalgefühl mit einer starken Bindung an die Nation einhergeht.

In Bezug auf Solidarität und Partizipation ergibt sich ein ähnliches Bild (Tabelle 7): Nur die wenigsten der Befragten partizipieren lediglich auf einer der möglichen Ebenen oder verstehen ihre Solidarität als ausschließlich auf eine territoriale Einheit bezogen.<sup>27</sup>

**Tabelle 7: Exklusive Partizipation und exklusive Solidarität (absolute Anzahl der Befragten)<sup>28</sup>**

Region	Kommune/ Nachbarschaft		Landtag/ Bundesland		Bundestag/ Dt. bzw. Ö		EU-Parlament/ Europa	
	Partizipation (P)	Solidarität (S)	P	S	P	S	P	S
BY	33	103	6	6	21	16	9	2
NI	10	115	11	6	19	24	4	10
OÖ	19	61	2	5	44	5	11	1
SB	6	120	3	9	12	11	1	6
TH	41	77	10	18	18	9	10	4
W	-	78	-	16	-	24	-	6

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

Dieses ausgeprägte Mehrebenen-Verständnis aller drei Dimensionen von citizenship, insbesondere in Hinblick auf die enge Verflechtung zwischen regionaler und nationaler Ebene, geht besonders deutlich aus Tabelle 8 hervor. Negative Werte

- 26 Es ist anzunehmen, dass diese Außenseiterrolle Niedersachsens historische Ursachen hat: Es handelt sich bei diesem Bundesland um ein klassisches Kunstgebilde. Eine gemeinsame Landesidentität hat sich dementsprechend nur langsam entwickeln können (von Reeken 2007, S. 298).
- 27 Im Vergleich lässt sich eine etwas größere Anzahl von Befragten feststellen, denen ausschließlich etwas an den Menschen in ihrer Nachbarschaft liegt. Das lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass es sich in diesem Fall um keinen rein territorialen Aspekt handelt, sondern dass hier vielmehr die persönliche Nähe zu Freunden und Bekannten in der unmittelbaren Nachbarschaft ausschlaggebend ist.
- 28 Exklusive Partizipation = Anzahl der Befragten, für die die Wahl *nur* auf der bestimmten Ebene sehr wichtig oder wichtig ist und die Wahl auf allen anderen Ebenen eher unwichtig oder überhaupt nicht wichtig ist. Exklusive Solidarität = Anzahl der Befragten, denen *nur* an den Menschen auf bestimmter Ebene sehr viel oder viel liegt, an den Menschen auf allen anderen Ebenen nicht so viel oder gar nichts (n: BY = 925; NI = 909; OÖ = 901; SB= 904; TH = 950; W = 901).

geben ein Ausschlagen in Richtung nationaler, positive in Richtung regionaler Ebene wieder. Es zeigt sich deutlich, dass sich die errechneten Mittelwerte für (relative) Identität, Partizipation und Solidarität in der Grundtendenz alle sehr eng um den Nullwert herum bewegen. Sie bringen für alle drei Citizenship-Dimensionen die stark ausgeglichene Bedeutungsrelevanz der beiden Ebenen zum Ausdruck.

**Tabelle 8: Relative Identität/Partizipation/Solidarität (Mittelwerte)<sup>29</sup>**

Region	Relative Identität	Relative Partizipation	Relative Solidarität
BY	0,10	-0,05	0,07
NI	-0,21	-0,09	-0,06
OÖ	-0,12	-0,11	0,06
SB	-0,17	-0,05	0,02
TH	0,17	-0,02	0,13
W	-0,12	-0,20	-0,05

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

Es ist anzunehmen, dass im unitarischen Föderalismus, wie er beispielhaft in Deutschland und Österreich anzutreffen ist, gerade die enge Verflechtung zwischen Bund und Ländern solche Ergebnisse begünstigt. Staatsbürgerliches Engagement und Solidarität sowie territoriale Bindungen gestalten sich in diesem Kontext ebenenübergreifend: Die deutliche Präferenz für Mehrebenen-Partizipation, Mehrebenen-Solidarität und Mehrebenen-Identität verdeutlicht, dass vor dem Hintergrund des unitarischen Bundesstaates die Annahme eines ausgeprägten multi-level-citizenship als weitgehend bestätigt gelten kann.

## 8. Das Föderalismus-Paradox<sup>30</sup>

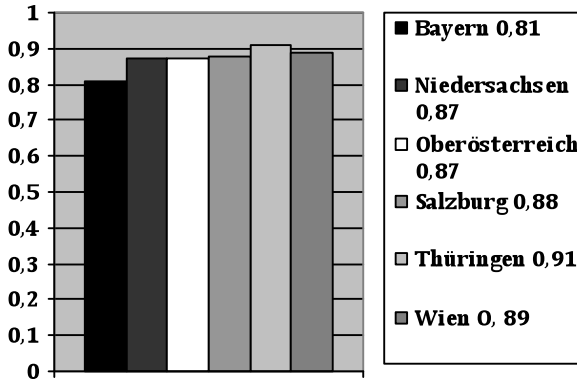
Tatsächlich scheinen die Bürger nicht differenziert zwischen den Zuständigkeiten und Aufgaben der jeweiligen politischen Ebenen zu unterscheiden; vielmehr verstehen sie diese als weitgehend ineinandergreifende Einheiten. Dieses Gefühl einer engen *Verflochtenheit* der föderalen Strukturen, wie es auch im multi-level-citizenship zum Ausdruck kommt, zeigt sich im Übrigen auch auf kollektiver Ebene in einer deutlichen Präferenz für einheitliche politische Regelungen über die Ländergrenzen hinweg (Abbildung 1) bei gleichzeitigem Wunsch nach mehr regionaler Einflussnahme (Tabelle 9). Hinzu kommt ein starkes Vertrauen in die Einflussmöglichkeiten der jeweiligen Landesregierung und deren Engagement für die Bürger (ebenfalls Tabelle 9) vor dem Hintergrund einer ausgeprägten regionalen

29 Relative Identität (analog: Partizipation/Solidarität) = Verbundenheit mit der regionalen Ebene minus Verbundenheit mit der nationalen Ebene; Mittelwerte. 1 = ausschließlich regionale Ebene, -1 = ausschließlich nationale Ebene.

30 Erk und Anderson sprechen ebenfalls von einem „paradox of federalism“ (2009). Sie beziehen dieses aber auf die Frage danach, inwiefern das Zugeständnis von *self-rule* im Föderalismus ethnoregionale Konflikte verstärkt oder abmildert und setzen ihren Begriff somit in einen völlig anderen Kontext als den hier vorgestellten.

Identität (Tabelle 1). Die ausdrückliche Befürwortung sichtbarer regionaler Institutionen ist durchaus als Ausdruck regionalen Selbstbewusstseins zu verstehen. Geht es hingegen um konkrete Politikgestaltung, kommt dieses Selbstbewusstsein nicht zwangsläufig zum Tragen.

**Abbildung 1: Einheitlichkeitsskala (Mittelwerte)<sup>31</sup> und Tabelle 9: Bedeutung der Landesregierungen in Prozent<sup>32</sup>**



Region	V13	V14	V15
BY	79,7	80,8	82,6
NI	72,1	79,3	79,8
OÖ	71,2	84,8	86,0
SB	77,0	89,8	90,7
TH	76,5	82,7	76,0
W	69,0	81,6	82,5

Quelle: Eigene Darstellungen nach dem CANS-Datensatz.

Diese deutliche Präferenz für eine bundeseinheitliche Ausgestaltung unterschiedlicher Politikfelder, wie die CANS-Umfragedaten sie nahelegen, bestätigt dabei weitgehend die Einschätzung bisheriger politikwissenschaftlicher Forschung: Für Österreich wird ebenso wie für Deutschland ein Trend hin zu einheitlichen Regelungen festgestellt (Erk 2008). In Deutschland ist die in Artikel 72 II und 106 III GG aufgegriffene Gleichwertigkeit bzw. Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse

31 Frage V26: Was meinen Sie: Wie sollte man Folgendes regeln? Einheitliche Regelung in Dt. / Ö., Angelegenheit Bayerns [NI, OÖ, SB, TH, W]. (Arbeitslosengeld, Studiengebühren, Finanzierung der Pflege älterer Menschen, Verfolgung jugendlicher Straftäter). Einheitlichkeitsskala nach Mittelwerten: 0 = Angelegenheit des Bundeslandes, 1 = einheitliche Regelung in Dt./Ö.

32 V13: Wer hat momentan Ihrer Meinung nach am meisten Einfluss auf die Politik in Bayern [NI, OÖ, SB, TH, W]? V14: Und wer sollte Ihrer Meinung nach am meisten Einfluss auf die Politik in Bayern [NI, OÖ, SB, TH, W] haben? Die bayerische [...] Landesregierung, die Bundesregierung oder die Europäische Union (nur bei V13/14)? (Prozente). V15: Wer kümmert sich mehr um die Sorgen und Anliegen der Menschen, die Landesregierung oder die Bundesregierung? Antworten für: Die Landesregierung. (Prozente).

beinahe schon zum *Grundgesetz-Mythos* geworden (Sturm et al. 2010). Die Bevölkerung beider Staaten zieht offensichtlich die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse einem kompetitiveren System vor (Bertelsmann Stiftung 2008; Bußjäger u. Seeber 2010). Die Idee eines nach ökonomischen Kriterien effizienten Wettbewerbsföderalismus scheint somit wohl weniger in der Gesellschaft verankert zu sein, als vielmehr von regionalen Eliten bzw. regionalen Institutionen in den wirtschaftlich stärkeren Bundesländern vertreten zu werden.<sup>33</sup> Das wird zumindest für den deutschen Fall vermutet (Leuprecht 2009, S. 264-265).

In deutlicher Diskrepanz dazu steht das im Allgemeinen als relativ hoch betrachtete regionale Identitätsbewusstsein in Österreich (Bußjäger u. Seeber 2010, S. 28) ebenso wie der für Deutschland festgestellte, stärkere Rückbezug auf Aspekte regionaler Bindung (Sturm 2007, S. 47), was beides auch durch die vorliegenden Daten bestätigt wird. Diesen Zwiespalt zwischen dem Ausdruck regionalen Selbstbewusstseins und einer Präferenz für bundeseinheitliche Regelungen nennen wir das *Föderalismus-Paradox* (Sturm et al. 2010). Dies bestätigt sich auch auf individueller Ebene, wo wir eine Einteilung in drei Gruppen vorgeschlagen haben: Wir unterscheiden zwischen *Föderalen*, *Paradoxen* und *Zentralisten* (Tabelle 10).

**Tabelle 10: Gruppenbildung nach Ländern (Zuweisung von Befragten)<sup>34</sup>**

Region	Föderalisten	%	Paradoxe	%	Zentralisten	%	Fehrend (nicht berücksichtigt)	%
BY	70	10,4	497	73,6	108	15,9	250	27,0
NI	23	3,3	549	79,9	116	16,8	221	24,4
OÖ	32	4,2	642	83,4	96	12,4	131	14,5
SB	33	4,1	705	87,6	66	8,2	95	10,6
TH	13	1,8	618	83,0	113	15,2	205	21,6
W	36	4,6	613	77,9	138	17,5	114	12,6

Quelle: Eigene Darstellung nach dem CANS-Datensatz.

<sup>33</sup> Dies zeigt auch der Blick auf Tabelle 5.

<sup>34</sup> Die Befragten, die als Antwort auf Frage V14 „Wer sollte Ihrer Meinung nach am meisten Einfluss auf die Politik in [BY, NI, OÖ, SB, TH, W] haben?“ das Bundesland nannten, bei der Frage nach der geeignetsten Ebene zur Regelung der vier Politikfelder in Frage V26 jedoch nur einmal oder gar nicht das Bundesland wählten, sind auf Grund der Widersprüchlichkeit der Antworten als *paradox* eingestuft worden. Gleiches gilt für diejenigen, die sich bei V14 für die Bundesebene entschieden haben, bei der Frage nach den vier Politikfeldern diese Antwort aber nur einmal oder gar nicht wiederholten. *Zentralisten* sind all jene, die sich sowohl bei V14, als auch bei V26 in drei oder vier Fällen für die Bundesebene entschieden. *Föderalisten* sind schließlich diejenigen, die bei V14 das Bundesland wählten und bei V26 in mindestens drei Fällen ebenfalls das Bundesland nannten. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Befragten, die bei Frage V14 die EU als Antwortmöglichkeit wählten und deshalb nicht in die Gruppen Paradoxe, Zentralisten, Föderalisten eingeteilt werden konnten. Nicht berücksichtigt wurden zudem die Befragten, die auf mindestens eine der fünf Fragen keine Antwort gaben.

Die Gruppe der Paradoxen ist in allen sechs Bundesländern weitaus am Größten. Lediglich Bayern fällt mit einem relativ hohen Anteil an Föderalisten<sup>35</sup> auf, ohne dabei aber die Grundtendenz wesentlich zu verändern: Die Paradoxen prägen das Bild deutlich.

Dieser Befund passt weitgehend zu den bisherigen Ergebnissen: Das Föderalismus-Paradox präsentiert sich als ein weiterer Hinweis darauf, dass die Bürger im unitarischen Bundesstaat – vor dem Hintergrund eines kooperativen Föderalismus – die Bedeutung des Bundeslandes nicht im Widerspruch, sondern als Ergänzung zur Rolle des Nationalstaates begreifen. Das Föderalismus-Paradox ließe sich in diesem Kontext dadurch erklären, dass die Bürger mit ihrem Wunsch nach mehr Einfluss für die regionale Ebene weniger auf eigenständiges, unabhängiges Entscheiden des Landes abzielen. Vielmehr vermuten wir, dass Einflussnahme als stärkere Einbindung in die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene, und somit in enger Kooperation mit der Bundesebene, ausgelegt wird. Damit knüpfen wir die Beobachtung von Fallend (2007, S. 75) an, dass die Wertschätzung regionaler politischer Gestaltungsfähigkeit den Wunsch zum Ausdruck bringe, als Mitentscheidungsinstanz zumindest symbolisch präsent zu sein und an zentralen politischen Entscheidungen teilhaben zu können.<sup>36</sup>

## 9. Multi-level-citizenship als Ressource des unitarischen Föderalismus

Wie begreifen die Bürger im unitarischen Bundesstaat citizenship? Dieser Frage haben wir uns mit Blick auf Deutschland und Österreich genähert und dabei an eine noch junge Richtung in der Citizenship-Forschung angeknüpft, die einen methodologischen Nationalismus bewusst zu überwinden sucht. Auf der Suche nach einem besseren Verständnis für citizenship im Kontext des unitarischen Föderalismus sind wir zwei forschungsleitenden Thesen gefolgt. Wir haben sowohl die Möglichkeit eines ausgeprägt regionalisierten Citizenship-Verständnisses überprüft (Regional-Citizenship-These), als auch die Vermutung, dass die wachsende Bedeutung von Mehrebenensystemen und entsprechenden Verflechtungen zu ei-

35 Diese Sonderstellung Bayerns erklären wir in unserem Beitrag zum Jahrbuch des Föderalismus 2010 (Sturm et al.) nicht nur über die anzunehmende starke Politisierung der bayerischen Identität. Darüber hinaus untersuchen wir auch, ob das Föderalismus-Paradox in den Ländern besonders stark ist, die ein ausgeprägtes Interesse am horizontalen Finanzausgleich haben. Konkret würde das bedeuten, dass in den ökonomisch stärkeren Ländern eine im Vergleich kleinere Gruppe von Paradoxen anzutreffen sein müsste, als in den ärmeren Regionen. Für den deutschen Fall lässt sich diese *Armutsthese* bestätigen.

36 Passend dazu gestaltet sich die Argumentation von Jeffery (2007, S. 64-67): Er erklärt die Diskrepanz zwischen dem relativ hohen Vertrauen in regionale Politik bzw. Institutionen bei gleichzeitiger Befürwortung einheitlicher Regelungen damit, dass Bürger ihre Interessen am besten bei ihnen territorial nahestehenden Institutionen vertreten sehen, die ihnen direkte Einflussmöglichkeiten bieten. Dies ist als unabhängig von einer generellen Ablehnung innerstaatlich unterschiedlicher Politiklösungen zu begreifen. Allerdings gilt ein (minimierbares, aber stets vorhandenes) Risiko, das sich aus der mangelnden Sicherheit über die Beweggründe in Hinblick auf gegebene Antworten von Befragten ergibt: Es ist durchaus nicht vollkommen auszuschließen, dass ein Paradox wie das hier dargestellte primär als Ergebnis von Unsicherheiten oder Desinteresse der Befragten aufzufassen ist. Diese Bedenken sind sicherlich nicht ganz von der Hand zu weisen. Für die vorliegende Interpretation spricht jedoch, dass entsprechende Tendenzen in allen im Zuge von CANS befragten Staaten – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – anzufinden sind.



nem ebenenübergreifenden Verständnis von citizenship führt (Multi-Level-Citizenship-These). Dadurch erhofften wir uns ein besseres Verständnis dafür, wie Bürger im Spannungsfeld zwischen Einheitlichkeit und föderalen Strukturen die unterschiedlichen Dimensionen von citizenship begreifen.

Unsere Daten legen offen, dass die Region zwar durchaus eine Rolle für die drei identifizierten Dimensionen von citizenship spielt. Dies zeigt sich etwas deutlicher für die Identitätsdimension als für die soziale und politische Komponente. Allerdings gilt diese Beobachtung nicht, wie die erste These suggeriert, in Abgrenzung zur nationalen Ebene. Wir konnten zeigen, dass in Deutschland und Österreich, trotz aller landsmannschaftlichen Verbundenheit der Bürger, eine exklusive regionale Orientierung in den drei Dimensionen von citizenship nicht nachweisbar ist. Deutlich wurde aber auch, dass die regionale Bindung der Bürger nicht einfach verschwindet, sich also nicht quasi parallel zur Verfassungsrealität in Deutschland und Österreich *unitarisiert*. Vielmehr zeigen unsere Daten, dass in Deutschland und Österreich ein ausgeprägtes Mehrebenenverständnis von citizenship anzutreffen ist. Dies bestätigt sich auch im Föderalismus-Paradox, also der Unterstützung für die Bundesländer in beiden Staaten bei gleichzeitigem Wunsch nach bundesstaatlich einheitlicher Regelung aller Politikfelder.

Deutsche und Österreicher können offenbar mit den kognitiven Dissonanzen nicht nur leben, sondern auch umgehen. Sie interpretieren den unitarischen Föderalismus als doppelte Gelegenheitsstruktur, die ihnen gleichzeitig regionalen Zugang zu politischen Entscheidungen und einheitliche Lebensbedingungen garantiert. Dies legen die CANS-Daten nahe. In Abwesenheit ethnischer Konflikte scheint hier ein Effizienzargument in den Vordergrund zu treten, das die Widersprüchlichkeit eines *Föderalismus ohne Vielfalt* unterstützt.<sup>37</sup>

Die Entterritorialisierung des Föderalismusdiskurses bzw. die Stabilität von multi-level-citizenship im unitarischen Bundesstaat könnte allenfalls (zumindest am Rande) bei Fragen finanzieller Solidarität in Frage gestellt werden. Auch hier finden sich entsprechende Hinweise in unseren Daten. Dabei gibt es aber, wegen des fehlenden horizontalen Finanzausgleichs in Österreich, der ja die Territorialität von Solidarität formuliert, einen wichtigen Unterschied zwischen der Bürgersolidarität in Deutschland und Österreich. In Österreich gilt diese dem gesamtstaatlichen Ausgleich, wie die Daten für das im Bundesländervergleich reiche Bundesland Wien zeigen, deren Bürger nach unseren Ergebnissen eine *Hauptstadtverantwortung* angenommen haben. In Deutschland *bröckelt* die Solidarität aus Sicht der Bürger der Zahlerländer etwas, was die Ergebnisse der Befragung für Bayern zu belegen scheint.

Dies ändert aber das Gesamtbild wenig. Multi-level-citizenship, wie wir es auf Basis der CANS-Daten interpretieren, ist eine passgenaue Reaktion der Bürger auf den Grundwiderspruch des unitarischen Bundesstaats, der *einheitlichen Vielfalt*. Es ist eine Art des Umgangs mit den reduzierten Möglichkeiten, die diese Form des Föderalismus bietet. Multi-level-citizenship macht zum einen Nähe in der Po-

<sup>37</sup> Dies erklärt im Übrigen auch das Fehlen eines Demokratiediskurses im Kontext von Föderalismusdebatten in Deutschland und Österreich und die Reduktion von Föderalismusreformen auf ein Eliteprojekt.

litik erlebbar, zum anderen wird dadurch die Verfassungsrealität legitimiert und stabilisiert. Der unitarische Föderalismus mag zwar regional citizenship als exklusive Orientierung der Bürger an ihrem Land nicht kennen, er hat aber dennoch deren Weltansicht nicht einseitig unitarisiert. Dies ist einerseits ein weiteres Indiz für die in der Literatur formulierte Vermutung, der Nationalstaat sei nicht mehr primärer oder ausschließlicher Bezugspunkt für Bürger und Politik. Für die zukünftige Forschung legen unsere Ergebnisse darüber hinaus nahe, citizenship verstärkt in Hinblick auf sein Mehrebenenpotenzial zu untersuchen, anstatt weiterhin der Annahme exklusiver Zugehörigkeiten verhaftet zu bleiben.

## Literatur

- Anderson, Benedict. 1983. *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Beiner, Ronald. 2003. *Liberalism, Nationalism, Citizenship. Essays on the Problem of Political Community*. Vancouver: UBC Press.
- Béland, Daniel, und André Lecours. 2005. The Politics of Territorial Solidarity. Nationalism and Social Policy Reform in Canada, the United Kingdom, and Belgium. *Comparative Political Studies* 38:676-703.
- Bell, Daniel. 1987. The World and the United States in 2013. *Daedalus* 116:1-31.
- Benz, Arthur. 2008. Föderalismusreform in der Entflechtungsfalle. In *Jahrbuch des Föderalismus 2007. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, Hrsg. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, 180-190. Baden-Baden: Nomos.
- Berg, Wolfgang. 2001. *Identitätspolitik. Europäische Identität und Landesbewußtsein in Sachsen-Anhalt*. Aachen: Shaker.
- Berg, Linda. 2007. *Multi-level Europeans. The Influence of Territorial Attachments on Political Trust and Welfare Attitudes*. Göteborg Studies in Politics 104. Göteborg: Department of Political Science.
- Bernard, Nick. 2002. *Multilevel Governance in the European Union*. Den Haag: Kluwer Law International.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). 2008. *Bürger und Föderalismus. Eine Umfrage zur Rolle der Bundesländer*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bornewasser, Manfred, und Roland Wakenhut. 1999. Nationale und regionale Identität. Zur Konstruktion und Entwicklung von Nationalbewusstsein und sozialer Identität. In *Ethnisches und nationales Bewußtsein. Zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Hrsg. Manfred Bornewasser und Roland Wakenhut, 41-64. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Briesen, Detlef. 1994. Historische Ausprägung und historischer Wandel von regionaler Identität in ausgewählten Montanregionen. Einleitung zu einem Abschlussbericht. In *Regionalbewusstsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland, Siegerland, Ruhrgebiet*, Hrsg. Detlef Briesen, Rüdiger Gans und Armin Flender, 7-47. Bochum: Brockmeyer.
- Bruckmüller, Ernst. 1996. *Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*. Wien: Böhlau.

- Bußjäger, Peter. 2004. Der „zentralistischste aller Bundesstaaten“ als (Lehr)Beispiel für Europa? – Der Fall Österreich. In *Föderalismus. Leitbild für die Europäische Union?* Hrsg. Michael Piazolo, Michael und Jürgen Weber, 128-147. München: Olzog.
- Bußjäger, Peter (Hrsg.). 2007. *Sozialkapital, regionale Identität und Föderalismus*. Wien: Braumüller.
- Bußjäger, Peter, und Rudolf Hrbek (Hrsg.). 2005. *Projekte der Föderalismusreform. Österreich-Konvent und Föderalismuskommission im Vergleich*. Wien: Braumüller.
- Bußjäger, Peter, und Gilg Seeber. 2010. Zwischen Föderalismus und Unitarismus – das föderalistische Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher nach der Föderalismusumfrage 2009. In *Föderalistisches Bewusstsein in Österreich. Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung zum Föderalismus*, Hrsg. Peter Bußjäger, Ferdinand Karhofer und Günther Pallaver, 27-47. Wien: Braumüller.
- Cardinal, Linda, und Marie-Joie Brady. 2009. Citizenship and Federalism in Canada: A Difficult Relationship. In *Contemporary Canadian Federalism. Foundations, Traditions, Institutions*, Hrsg. Alain Gagnon, 381-404. Toronto: University of Toronto Press.
- Chernilo, Daniel. 2006. Social Theory's Methodological Nationalism: Myth and Reality. *European Journal of Social Theory* 9:5-22.
- Colino, César. 2010. Understanding Federal Change. Types of Federalism and Institutional Evolution in the Spanish and German Federal Systems. In *New Directions in Federalism Studies*, Hrsg. Jan Erk und Wilfried Swenden, 16-33. London/New York: Routledge.
- Costa, Piero. 2004. From National to European Citizenship: A Historical Comparison. In *Lineages of European Citizenship. Rights, Belonging and Participation in Eleven Nation-States*, Hrsg. Richard Bellamy, Dario Castiglione und Emilio Santoro, 207-226. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Coté, Catherine, Patrick Fafard, und Francois Rocher. 2008. *The Presence (or the Lack Thereof) of a Federal Culture in Canada: The Views of Canadians*. Beitrag präsentiert auf dem Annual Meeting of the Canadian Political Science Association, 4-6.6.2008, University of British Columbia, Vancouver.
- Cutler, Fred. 2008. One Voter, Two First-Order Elections? *Electoral Studies* 27:492-504.
- Dahrendorf, Ralf. 1979. *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- DeWinter, Lieven (Hrsg.). 2006. *Autonomist Parties in Europe. Identity Politics and the Revival of the Territorial Cleavage*. Barcelona: Inst. de Ciències Polítiques i Socials.
- Delanty, Gerard. 2000. *Citizenship in a Global Age. Society, Culture, Politics*. Buckingham: Open University Press.
- Donati, Pierpaolo. 1995. Identity and Solidarity in the Complex of Citizenship. The Relational Approach. *International Sociology* 10:299-314.
- Duchesne, Sophie, und André-Paul Frognier. 1998. Is there a European Identity? In *Public Opinion and Internationalized Governance*, Hrsg. Oskar Niedermayer und Richard Sinnott, 193-226. Oxford: Oxford University Press.
- Erk, Jan. 2008. *Explaining Federalism. State, Society and Congruence in Austria, Belgium, Canada, Germany and Switzerland*. London: Routledge.
- Erk, Jan, und Lawrence Anderson. 2009. The Paradox of Federalism. Does Self-Rule Accommodate or Exacerbate Ethnic Divisions? *Regional and Federal Studies* 19:191-202.

- Etzioni, Amitai. 1998. *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Fallend, Franz. 2007. Der Föderalismus als Chance für eine neue Akzeptanz der Politik? Empirische Sondierungen in Österreich, Deutschland und Großbritannien. In *Baustelle Bundesstaat. Perspektiven der Weiterentwicklung des politischen Systems Österreich*, Hrsg. Friedrich Michael Steger, 65-76. Wien: Braumüller.
- Fallend, Franz, Peter Ulram, und Eva Zugmeister. 2010. Public Attitudes to Regional Citizenship in a Unitary Federal State: The Case of Austria. In *Citizenship After the Nation-State*, Hrsg. Charlie Jeffery (im Erscheinen).
- Foradori, Paolo, Simona Piattoni, und Riccardo Scartezini (Hrsg.). 2007. *European Citizenship. Theories, Arenas, Levels*. Baden-Baden: Nomos.
- Gamberale, Carlo. 1997. European Citizenship and Political Identity. *Space & Polity* 1:37-59.
- Gerdes, Dirk. 1980. *Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Gerhard, Ute. 2001. Bürgerrechte und Geschlecht. Herausforderungen für ein soziales Europa. In *Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten*, Hrsg. Christoph Conrad und Jürgen Kocka, 63-91. Hamburg: Körber-Stiftung.
- Goswinkler, Dieter. 1998. Untertanschaft, Staatsbürgerschaft, Nationalität. Konzepte der Zugehörigkeit im Zeitalter des Nationalstaats: Anmerkungen zur Begriffsgeschichte in Deutschland, Frankreich, England und den USA. *Berliner Journal für Soziologie* 4:507-522.
- Grabmann, Barbara. 2002. *Prozesse der Konstitution kollektiver Identität im Vergleich. Museen in Schottland und Bayern*. Marburg: Tectum.
- Grahl, John. 1996. Regional Citizenship and Macroeconomic Constraints in the European Union. *International Journal of Urban and Regional Research* 20:480-497.
- Grasse, Alexander. 2005. *Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greer, Scott L. (Hrsg.). 2006. *Territory, Democracy and Justice. Regionalism and Federalism in Western Democracies*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Greer, Scott L. (Hrsg.). 2009. *Devolution and Social Citizenship in the UK*. Bristol: Policy Press.
- Haller, Max, und Stefan Gruber. 1996. Die Identität der Österreicher zwischen lokal-regionaler, nationaler und europäischer Zugehörigkeit. In *Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen; Herausbildung und Transformation seit 1945; internationaler Vergleich*, Hrsg. Max Haller, 383-430. Wien: Böhlau.
- Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.). 2009. *Generationenstudie 2009. Heimatgefühl und Leben in Bayern*. München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Hesse, Konrad. 1962. *Der unitarische Bundesstaat*. Karlsruhe: C. F. Müller.
- Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2001. *Multi-level Governance and European Integration. Governance in Europe*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Hooghe, Liesbet, Gary Marks, und Arjan H. Schakel (Hrsg.). 2008. Regional Authority in 42 Countries, 1950-2006: A Measure and Five Hypotheses. *Regional and Federal Studies* 18:111-302.

- Hrbek, Rudolf, und Sabine Weyand. 1994. *Betrifft: das Europa der Regionen. Fakten, Probleme, Perspektiven*. München: C. H. Beck.
- Identity Foundation (Hrsg.). 2009. *Deutsch-Sein – Ein neuer Stolz auf die Nation im Einklang mit dem Herzen*. Düsseldorf: Identity Foundation.
- Ipsen, Detlef. 1994. Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie. In *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*, Hrsg. Rolf Lindner, 232-254. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Isin, Engin F., und Bryan S. Turner (Hrsg.). 2002. *Handbook of Citizenship Studies*. London: Sage.
- Isin, Engin F., und Patricia K. Wood 1999. *Citizenship and Identity*. London: Sage.
- Jeffery, Charlie. 2007. Balancing Territorial Politics and Social Citizenship in Germany and Britain: Constraints in Public Opinion. *German Politics* 16:58-78. doi: 10.1080/09644000601157384.
- Jeffery, Charlie, und Daniel Wincott. 2010. The Challenge of Territorial Politics: Beyond Methodological Nationalism. In *New Directions in Political Science. Responding to the Challenges of an Interdependent World*, Hrsg. Colin Hay, 167-188. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Keating, Michael. 1996. *Nations against the State. The new Politic of Nationalism in Quebec, Catalonia, and Scotland*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Keating, Michael, und John Loughlin (Hrsg.). 1997. *The Political Economy of Regionalism*. London u. a.: Cass.
- Keating, Michael, John Loughlin, und Kris Deschouwer. 2003. *Culture, Institutions and Economic Development. A Study of Eight European Regions*. Aldershot: Edward Elgar.
- Kießling, Andreas. 2004. *Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kriechbaumer, Robert, und Herbert Dachs (Hrsg.). 1998. *Liebe auf den zweiten Blick. Landes- und Österreichbewußtsein nach 1945*. Wien: Böhlau.
- Kropp, Sabine. 2010. *Kooperativer Föderalismus und Politikverflechtung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krupa, Matthias. 2009. Wir Gleichmacher: Sechs Jahre, zwei Kommissionen, kaum Fortschritte. Ist der deutsche Föderalismus unreformierbar – oder wollen es die Deutschen nicht anders? *Die Zeit* 10.06.2009:6.
- Kymlicka, Will. 1995. *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*. Oxford: Clarendon Press.
- Lecours, André, und Geneviève Nootens. 2009. Introduction: Nationalism and Identity in Contemporary Politics. Issues of Democratic Shared and Self-rule. In *Dominant Nationalism, Dominant Ethnicity. Identity, Federalism and Democracy*, Hrsg. André Lecours und Geneviève Nootens, 11-34. Brüssel u. a.: Peter Land.
- Leuprecht, Christian. 2009. From Unitarizing Administrative Quasi-Federation to a Genuine Federal System: How Demographic Change Will Drive Fiscal Federalism Reform as a Means to Improving the Performance of Public Finances in Germany. In *Der deutsche Föderalismus 2020. Die bundesstaatliche Kompetenz- und Finanzverteilung im Spiegel der Föderalismusreform I und II*, Hrsg. Ralf Thomas Baus, Henrik Scheller und Rudolf Hrbek, 252-286. Baden-Baden: Nomos.
- Lindner, Rolf (Hrsg.). 1994. *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

- Lister, Ruth. 2003. *Citizenship. Feminist perspectives*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Marcussen, Martin, Thomas Risse, Daniela Engelman-Martin, Hans Jochaim Knopf, und Klaus Roscher. 1999. Constructing Europe? The Evolution of French, British and German Nation State Identities. *Journal of European Public Policy* 6:614-633.
- Marshall, Thomas Humphrey. 1950. *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mackert, Jürgen. 2006. *Staatsbürgerschaft. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Martins, Herminio. 1974. Time and theory in sociology. In *Approaches to Sociology*, Hrsg. John Rex, 246-294. London u. a.: Routledge & Keagan Paul.
- Mau, Steffen. 2007. Mitgliedschaftsräume, wohlfahrtsstaatliche Solidarität und Migration. In *Moderne (Staats-)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies*, Hrsg. Jürgen Mackert und Hans-Peter Müller, 215-233. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- McEwen, Nicola. 2006. *Nationalism and the State. Welfare and Identity in Scotland and Quebec*. Brüssel: Peter Land.
- Meehan, Elizabeth M. 1993. *Citizenship and the European Community*. London: Sage.
- Mühler, Kurt, und Karl-Dieter Opp. 2006. *Region – Nation – Europa. Die Dynamik regionaler und überregionaler Identifikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oberhofer, Julia, Dieter Roth, Julia Stehlin, Roland Sturm, und Felix Wille. 2010. Regional Citizenship in Germany. Solidarity and Participation in a Unitary Federal State. In *Citizenship after the Nation-State*, Hrsg. Charlie Jeffery (im Erscheinen).
- Obinger, Herbert, Stephan Leibfried, und Francis G. Castles (Hrsg.). 2005. *Federalism and the Welfare State. New World and European Experiences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Painter, Joe. 2002. Multi-Level Citizenship, Identity and Regions in Contemporary Europe. In *Transnational Democracy. Political Spaces and Border Crossings*, Hrsg. James Anderson, 93-110. London: Routledge.
- Painter, Joe. 2008. European Citizenship and the Regions. *European Urban and Regional Studies* 15:5-19.
- Pallaver, Günther, und Ferdinand Karlhofer. 2010. Raum, Föderalismus und Politik. Zur regionalen Identitätsbildung in Österreich. In *Föderalistisches Bewusstsein in Österreich. Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung zum Föderalismus*, Hrsg. Peter Bußjäger, Ferdinand Karhofer und Günther Pallaver, 1-26. Wien: Braumüller.
- Piattoni, Simona. 2010. *The Theory of Multi-Level Governance. Conceptual, Empirical, and Normative Challenges*. Oxford: Oxford University Press.
- Plasser, Fritz, und Peter A. Ulram. 2003. Regionale Mentalitätsdifferenzen in Österreich: Empirische Sondierungen. In *Der Bund und die Länder. Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im österreichischen Bundesstaat*, Hrsg. Herbert Dachs, 421-440. Wien: Böhlau.
- Preuß, Ulrich K. 2003. Citizenship and the German Nation. *Citizenship Studies* 7:37-56.
- Putnam, Robert D., Robert Leonardi, und Raffaella Nanetti. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

- Raney, Tracey, und Loleen Berdahl. 2009. Birds of a Feather? Citizenship Norms, Group Identity, and Political Participation in Western Canada. *Canadian Journal of Political Science / Revue canadienne de science politique* 41:187-209.
- Reeken, Dietmar von. 2007. Heimatbewusstsein, Integration und Modernisierung. Die niedersächsische Heimatbewegung zwischen Landesgründung und „Grenzen des Wachstums“. *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 79:297-324.
- Rohe, Karl. 1992. *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rost, Dietmar (Hrsg.). 2007. *New Regional Identities and Strategic Essentialism. Case Studies from Poland, Italy and Germany*. Berlin: LIT.
- Rost, Dietmar, und Erhard Stölting. 2007. Introduction. Regional Identity in the German Land Brandenburg. In *New Regional Identities And Strategic Essentialism. Case Studies from Poland, Italy and Germany*, Hrsg. Dietmar Rost, 1-23. Berlin: LIT.
- Sandel, Michael J. 1996. *Liberalism and the Limits of Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sassen, Saskia. 2008. Towards Post-National and Denationalized Citizenship. In *Handbook of Citizenship Studies*. Hrsg. Engin F. Isin und Bryan S. Turner, 277-291. Los Angeles: Sage.
- Scharpf, Fritz Wilhelm. 2009. *Föderalismusreform. Kein Ausweg aus der Politikverflechtungsfalle?* Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Schildberg, Cäcilie. 2010. *Politische Identität und Soziales Europa: Parteikonzeptionen und Bürgereinstellungen in Deutschland, Großbritannien und Polen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmitt-Egner, Peter. 1999. Regionale Identität, Transnationaler Regionalismus und Europäische Kompetenz. Theoretische, methodische und normative Überlegungen zum Verhältnis von Regionaler und Europäischer Identität. In *Identität und Interesse*, Hrsg. Walter Reese-Schäfer, 129-158. Opladen: Leske + Budrich.
- Searing, Donald D., Pamela Johnston Conover, und Ivor Crewe. 2003. Citizenship in the Age of Liberalism. *Parliamentary Affairs* 56:634-651.
- Shaw, Jo. 1998. Citizenship of the Union: Towards Post-National Membership? In *1995 European Community Law*, Hrsg. European University Institute Florence, Academy of European Law, 237-347. Den Haag u. a.: Nijhoff.
- Shaw, Jo. 2010. Citizenship: Contrasting Dynamics at the Interface of Integration and Constitutionalism. *University of Edinburgh School of Law Working Paper Series* 2010/14. Edinburgh.
- Steger, Friedrich Michael (Hrsg.). 2007. *Baustelle Bundesstaat. Perspektiven der Weiterentwicklung des politischen Systems Österreich*. Wien: Braumüller.
- Sturm, Roland. 1994. *Economic Regionalism in a Federal State: Germany and the Challenge of the Single Market*. Tübingen: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung.
- Sturm, Roland. 2001. Die Entgrenzung des politischen Raumes. Politik und Bürger auf der Suche nach „Heimat“. *Politische Studien* 52:23-32.
- Sturm, Roland. 2003. Föderalismus und Regionalismus. In *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Hrsg. Eckhard Jesse und Roland Sturm, 113-138. Opladen: Leske + Budrich.

- Sturm, Roland. 2006. Die Föderalismusreform 2006 – Deutschland in besserer Verfassung? *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik* 55:459-470.
- Sturm, Roland. 2007. Bürgerschaftliches Engagement und Föderalismus. In *Sozialkapital, regionale Identität und Föderalismus*, Hrsg. Peter Bußjäger, 43-75. Wien: Braumüller.
- Sturm, Roland. 2009. Föderalismusreform II – „Schuldenbremse“, neokeynesianischer Glaube an die Steuerbarkeit der Wirtschaft und das altbekannte Instrument der Politikverflechtung. *Gesellschaft-Wirtschaft-Politik* 58:487-499.
- Sturm, Roland. 2010. *Föderalismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Sturm, Roland, Dieter Roth, Julia Oberhofer, Julia Stehlin, und Felix Wille. 2010. Landesbewusstsein und Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Das Föderalismus-Paradox. In *Jahrbuch des Föderalismus 2010*, Hrsg. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, 29-40. Baden-Baden: Nomos.
- Tajfel, Henri, und John C. Turner. 1986. The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In *Psychology of Intergroup Relations*, Hrsg. Stephen Worchel und William G. Austin, 7-24. Chicago: Nelson-Hall.
- Taylor, Charles, und Amy Gutmann (Hrsg.). 1992. *Multiculturalism and "The Politics of Recognition"*. An Essay. Princeton: Princeton University Press.
- Walzer, Michael. 1983. *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*. New York: Basic Books.
- Westle, Bettina. 1998. Aspekte kollektiver Identifikation der Deutschen – Wandel oder Stabilität. In *Der neue Nationalstaat*, Hrsg. Rüdiger Voigt, 93-115. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina. 2003. Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. *Politische Vierteljahresschrift* 44:453-482.

## Autorenangaben

Dipl.-Pol Julia Oberhofer,  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft,  
Kochstraße 4, 91054 Erlangen,  
julia.oberhofer@tin.it  
[Korrespondenzautorin]

Julia Stehlin,  
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Institut für Politische Wissenschaft,  
Bergheimerstraße 58, 69115 Heidelberg,  
juliastehlin@gmx.de

Prof. Dr. Roland Sturm,  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft,  
Lehrstuhl I, Kochstraße 4, 91054 Erlangen,  
rdsturm@phil.uni-erlangen.de